

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon 4596**

Insertionspreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Reichsregierung unter der Vormundschaft Bayerns.

Berlin, 8. Februar. In der gestrigen Sitzung des Reichstags ist — wie der *Post* anzeiger zu berichten weiß — eine Beschlusfassung über die in London einzunehmende Haltung Deutschlands nicht erfolgt, da zunächst die Stellungnahme der bayerischen Regierung abgewartet werden soll.

In München aber, so weiß die *L.-V.* zu melden, liegen die Dinge folgendermaßen:

Der für den 7. Februar nachmittags angeordnete bayerische Ministerrat, in dem Ministerpräsident v. Kahr seinen Bericht über den Verlauf der Berliner Ministerkonferenz mit der Reichsregierung erstatten sollte, ist verschoben worden. Es steht zunächst noch nicht fest, wann der Ministerrat zusammentreten wird, voraussichtlich aber heute nachmittag. Die Verschiebung der Sitzung erfolgte wegen der Abwesenheit eines Ministerratsmitglieds. In Berlin, wo Ministerpräsident Dr. v. Kahr auf Grund des Ministerratsbeschlusses und der Besprechung mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien den bayerischen Standpunkt vertrat, konnte keine Einigung erzielt werden, da die Reichsregierung die Ansicht vertrat, daß in der Entwaffnungsfrage nachgegeben werden soll, während die bayerische Regierung der Ansicht ist, daß zunächst die Londoner Konferenz abgewartet und festgestellt werden soll, was sich dort, und zwar nicht nur in der Entwaffnungs-, sondern auch in der Reparationsfrage erreichen läßt. Im heutigen Ministerrat wird Ministerpräsident Dr. v. Kahr über diese grundsätzliche Meinungsverschiedenheit Bericht erstatten, dann werden Besprechungen mit den Koalitionsparteien des Landtags stattfinden, die dann ihrerseits wieder zur Sachlage Stellung zu nehmen haben.

Auch das bayerische Zentrum, die Bayerische Volkspartei, macht jetzt gegen die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehr mobil, obwohl ihre Vertreter der Erklärung zugestimmt haben, die die Regierungsparteien im Reichstag am 2. Februar abgaben und worin die Erfüllung der ersten Forderung versprochen wird. Nun aber diese Vertreter nach Bayern zurückgekommen sind, haben sie offenbar eine andere Stimmung vorgefunden, der sie nun schleunigst Rechnung tragen. Sie geht so weit, daß der Reichsregierung der Kampf angeblasen wird für den Fall, daß sie in der Entwaffnungs- und Auflösungsfrage der sogenannten Selbstschutzzorgansformationen nachgeben will. Der Freiheit wird darüber aus *München* geschrieben:

„Die Situation ist seit Freitag umgeschlagen. Die Bayerische Volkspartei hat durch eine Kundgebung die Zustimmung zur Entwaffnung zurückgezogen und gleichzeitig Berlin den Kampf angeblasen. Die Ausführungen stellen ein Meisterstück sophistischer Sophisterei dar und drehen die von Schiffer abgegebene Erklärung ins direkte Gegenteil um. Es heißt unter anderem:

„Daß die von Schiffer abgegebene Erklärung nicht im Sinne eines Zurückweichens der Reichsregierung in der Einwohnerwehrfrage gedeutet werden darf, geht schon daraus hervor, daß die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei ihre Zustimmung zu dieser Erklärung gegeben hat. Unsere Reichstagsfraktion, der die Auffassung der bayerischen Regierung und der bayerischen Landtagsfraktion bekannt ist, hätte nie ihre Einwilligung zu einer Erklärung gegeben, welche irgendwem an dem vorläufigen Weiterbestehen unserer bayerischen Einwohnerwehren rütteln würde. Der Außenminister Simons hat in seiner Erklärung angekündigt, daß er demnächst mit den Länderregierungen nochmals Rücksprache wegen der Entwaffnung vorsehen will. Soweit es die bayerischen Einwohnerwehren anbelangt, so darf diese Neuerung wohl nur so aufgefaßt werden, daß sich der Außenminister noch einmal von der unverlässlichen Auffassung der bayerischen Regierung überzeugen will, um ein entsprechendes Argument für seine Antwort an die Entente zu besitzen. Eine Reichsregierung, die in diesem Punkte vor ihrer eigenen, öffentlich vor aller Welt vertretenen Auffassung leicht abzuweichen würde, würde eine Spannung zwischen Bayern und dem Reiche hervorrufen, die unfagbar kurzzeitig wäre in einer Stunde, wo Deutschland wie ein Mann dastehen muß.“

Dieser Umfall der Bayerischen Volkspartei schafft eine vollständig neue Lage, weniger für Bayern — denn hier hat man keine andere Stellungnahme erwartet — als für das Reich und die Reichsregierung. Mit herein gefallen sind nur die nordbayerischen Demokraten, die unter der Voraussetzung reiflicher Zustimmung zur Schiffer'schen Erklärung die gemeinsamen Kundgebungen mit dem bayerischen Zentrum veranstaltet haben. Die christlichen Gewerkschaften aber haben sich am 29. Januar in einer Konferenz in München von der Helmschen Politik der Bayerischen Volkspartei losgesagt.

Wie kam es nur zum Umfall, der für den Bestand der Bayerischen Volkspartei keineswegs gleichgültig ist? Denn der 29. Januar bedeutet die Kampfanzeige der christlichen Arbeiter gegen die reaktionäre Zentrumspolitik in Bayern und der Umfall selbst die Unterordnung unter das Diktat von Ornesch und — Moskau. Der Nationalist Eicherich und der Kommunist Graf bestimmen zur Zeit die Münchner (nicht die bayerische) Politik. Und die Bayerische Volkspartei sitzt zusammen mit dem Herrn v. Kahr nicht über in den Kesseln. Sie hat nicht nur das Reich, nicht nur Nordbayern, sondern ein gut Teil der eigenen Parteigenossen gegen sich.“

Altsächsische Spektakelstücke in München.

München, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung der *L. V.*) Die Münchner Nationalisten haben dem Liebeswerber der Kommunisten Folge gegeben. So hat in einer Versammlung der Redner der national-sozialistischen Partei, Herr Hitler, den Ausdruck ge-

tan, lieber sähe er 500 000 Gewehre in den Händen der Kommunisten, als daß sie an die Entente ausgeliefert würden.

Zu der Demonstration, die am Sonntag auf dem Museumsplatz unter der Führung des Obersten Exlander stattfand, waren, wie wir heute erfahren, die Mitglieder der Einwohnerwehr besonders eingeladen. Auch bei anderen nächsten Demonstrationen in München, bei denen Vergnügungsorte gekürrt wurden, und die Entente-Kommission beauftragt worden ist, haben die Mitglieder der Einwohnerwehr eine besondere Rolle gespielt.

Das französische Konsulatschild in München beschädigt.

München, 8. Februar. (T.U.) Wie die *München-Neuburger Abendzeitung* meldet, wurde in der Nacht zum Sonntag das Konsulatschild, das an einem Anwesen in der Steindorfer Straße angebracht ist, in dem sich das französische Konsulat befindet, durch Hammerschläge beschädigt. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

Die Arbeiterschaft Dresdens und die Ententeforderungen.

In acht überfüllten Versammlungen, die gemeinsam von der USF, der SPD. und dem Gewerkschaftsverband für den vergangenen Sonntag einberufen worden waren, nahm die Dresdner Arbeiterschaft zu den Ententeforderungen Stellung. Sie ipfiehlt in einer Entschlieung, worin an die Solidarität der Arbeiterschaft aller Länder appelliert wird, die mit dahin wirken soll, daß die unerfüllbaren Ententeforderungen zurückgewiesen werden.

Amerikanischer Vorschlag.

Wie der Frankfurter Zeitung aus Newyork gemeldet wird, hat Senator France eine Resolution vorgelegt, die die Vereinigten Staaten einlädt, auf eine Herabsetzung der von den Alliierten in Paris vorgeschlagenen Entschädigungssumme hinzuwirken. Die englischen Blätter melden nun, daß France dem Senat auch den Entwurf der Vorschläge unterbreiten werde, die Amerika machen soll. Sie lauten im einzelnen:

1. Herabsetzung der deutschen Entschädigungssumme auf 1 Milliarden Dollar oder 28 Jahreszahlungen von 1 Milliarde Dollar, von denen jede das Kapital und die anwachsenden Zinsen darstellt.
2. Gewährung eines Kredits an Deutschland in Höhe von 5 Milliarden Dollar im Hinblick auf seine Kolonien und die Kabel, die während des Krieges weggenommen wurden.
3. Vollmacht zum Ankauf von Kolonien und Kabel durch die Vereinigten Staaten für die genannte Summe von 5 Milliarden Dollar, die gegen die Schuld der Alliierten an Amerika in Zahlung genommen würde.

Sonach bleiben die Vereinigten Staaten der Durchführung des Versailler Friedensvertrages gegenüber nicht so neutral, wie es in den letzten Monaten geblieben hat. Wenn dem Senat die Resolution vorliegt, so muß er Stellung nehmen, und damit engagieren sich die Vereinigten Staaten an der Durchführung des Friedensvertrages.

Klassenjustiz in Württemberg.

Nach einer Meldung aus Stuttgart verurteilte das dortige Schwurgericht neun Arbeiter zu insgesamt 4 Jahren 4 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren 3 Monaten Gefängnis, weil sie im Generallstreik vom August vorigen Jahres versucht haben, die Eisenbahner zur Teilnahme am Kampfe zu bewegen.

Dem Prozeß liegen Vorgänge zugrunde, die sich im Sommer vorigen Jahres im Zusammenhang mit dem Generallstreik in Stuttgart abgespielt haben. Den Anlaß zu dem Streik gab bekanntlich die wegen der Verweigerung des Steuerabzugs erfolgte militärische Besetzung verschiedener Großbetriebe in Stuttgart und seiner Umgebung. Im Verlauf des Streiks hatten die Angeklagten die Stilllegung des Betriebes auf dem Kornweilheimer Bahnhof durchgeführt. Sie wurden deshalb jetzt wegen schweren Hausfriedensbruchs, Nötigung und Bedrohung von Beamten, sowie wegen Beschädigung von Bahnanlagen und Transportgefährdung zu den gemeldeten Strafen verurteilt.

Die Arbeitsdienstpflicht in Rußland.

Berlin, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung der *L. V.*) Laut Verfügung des russischen Kommissariats für Arbeit unterliegen der Arbeitsdienstpflicht alle Personen, die in Rußland oder im Ausland eine landwirtschaftliche, ökonomische oder Forstlehranstalt bis zu Ende besucht oder einen Landmesserkursus durchgemacht haben, alle Personen, die mindestens 2 Jahre die Stellung eines verantwortlichen Leiters in der Land- und Forstwirtschaft bekleidet haben, ferner alle Studenten, die vier Semester der entsprechenden Lehrgänge absolviert haben und sich im Hochschulstudium befinden.

Bayern, Frankreich und das Frankkapital.

In München wird um den Besitz Europas gekämpft. Erstickt nicht, hiederer Spießbürger, der du hinter deiner Maß wieder deine Weismüße und dein Geschick verkehrst kannst; Straßenschachfen stehen nicht in dem Programm und sozialistische Sozialisierungsverordnungen und Räterepublik auch nicht. Von diesem Kampf merkt du nichts, Philister im Hofbräu und Bettschwester in der Petzstraße; der wird im Regina Kasinhof und in Villa X und im Schloß Y und ähnlichen feudalen Stätten ausgekämpft. Aber es geht dabei doch wie in einem wirklichen Kräftezug; es gibt manchen, der dadurch zum schmerzreichen Mann wird; auch der Krieg im Frieden produziert Gewinner.

Uebersaupt sind die Zukunftsaussichten für Bayern in mancher Beziehung besser als für die übrigen deutschen, besonders für die nördlichen Landesteile. Frankreich bemüht sich, den Transitverkehr von West- nach Osteuropa unter Ausschaltung Preußens über Süddeutschland zu lenken; die geplanten Verbindungen zwischen Rhein und Donau können diese Tendenz nur noch verstärken. Und die direkten und indirekten Verkehrsmaßnahmen beanspruchen auf der Aktivseite der bayerischen Bilanz einen ziemlich breiten Raum.

Fehlt allerdings noch die Industrie. Dafür mangelt es bisher vielfach an den bevölkerungspolitischen Voraussetzungen. Dem Bauern droht noch nicht die Gefahr der Proletarisierung. Der Warenbedarf konnte größtenteils von auswärts gedeckt werden. Vielleicht am meisten wirkte jedoch einer Erweiterung der Industrie der empfindliche Mangel an Kohlen entgegen; der Bezug von Ruhr- und Saarholze war umständlich und teuer. In all dem wird die Zukunft Wandel schaffen. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird Bayern auf gewisse Industrien eine lebhaftere Anziehungskraft ausüben, sobald man erst damit begonnen hat, die reichen Wasserkräfte, die reichsten in ganz Deutschland, zur Kraftzeugung auszunützen. „Walchensee“ und „Mittlere Jar“ werden voraussichtlich nur der Anfang dieser Entwicklung sein. Damit verbindet sich natürlich eine bevölkerungspolitische Verschiebung in der Richtung auf diese neuen Kraftquellen hin, die sich im weiten Umkreis bemerkbar machen wird.

Die Elektrifizierung und Industrialisierung Bayerns wird einige Milliarden Mark als Anlagkapital beanspruchen. Das Kapital wird sich aber ver-zinsen und, worauf alle Anzeichen hindeuten, gut verzinsen, und reiches Gewinn wird den Aufwand an Gold und Mühe lohnen. Ja, wird er! Siehe, die Eier, die hier die Kapitalisten auf die neue Beute stützen!

Seit Monaten hat der Reichstag die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über die Sozialisierung der Wasserkräfte in Händen. Wir sind die letzten, die von „regierungsseitiger“ Sozialisierung etwas halten. In Bayern hätte man wenigstens die Probe aufs Exempel machen können. Aber in Bayern wurden die Wasserkräfte vom Privatkapital „sozialisiert“.

Man bringt nicht mit Unrecht diese Transaktion mit dem Namen Stinnes in Verbindung. Stinnes, der Generaldirektor der Deutsch-Lugemburgischen Bergwerks- und Hütten-A. G., hat seine Hände heute überall. Er kauft oder „kontrolliert“ (das letztere Mandat ist viel weniger durchsichtig, bedarf keiner unangenehmen Dementis und erfüllt dabei denselben Zweck wie der direkte Kauf, der unter Umständen böses Blut machen könnte) Zeltungen, Zementwerke, Zellstofffabriken, Verkehrsunternehmungen; vor allem jedoch nimmt sich dieser Trutz der Elektro- und Schwermetallindustrie an. Die Angliederung der Siemens-Schuckert-Gruppe an Stinnes deutet darauf hin, daß der neue Elektro-Montanzkonzern im südlichen Deutschland eines seiner wichtigsten Tätigkeitsgebiete feht. Von Bayern ist nur ein Schritt hinüber nach Deutschösterreich. Hier steht Stinnes augenblicklich in Unterhandlungen mit der Regierung zwecks Erwerb der staatlichen Industriewerte bei Wien und Wiener-Neustadt. Es handelt sich hier um ein Milliardenobjekt, einen Kiesenbetrieb der Schwermetallindustrie, der erst während des Krieges eingerichtet wurde, daher völlig modern ausgebaut ist. Glaubt man wirklich im Ernst, daß der Stinnes'sche Soz'nas die Donauverehrprojekte und andres mehr entgangen sind? Und Stinnes verfolgt eine kluge Taktik; über die Presse führt sein Weg sowohl in die Direktorialgebäude privater Unternehmungen wie in die Kanäle des Staates.

Das Stinnesproblem hat aber auch noch eine internationale Seite. Die „Stinnesstrum“ ist kein exklusiv deutscher Vorzug. Von allen Seiten her laufen heute die Fäden des internationalen Kapitals in der amerikanischen Union zusammen, und Spanien, Amerika, der größten Finanzmacht, arbeiten heute überall auf der ganzen Erde vor allem in West- und Mitteleuropa. Das läßt sich natürlich nicht in allen Einzelheiten beweisen, meist dienen sich dem Beobachter nur Indizien, oft nur Symptome; die erst durch Kombinationen zu Indizien werden. Frankreich ist die europäische

Zentrale des Trustkapitals, das kann man ohne Uebertreibung behaupten. Von Stinnes berichtet die ausländische Presse, daß er seit einiger Zeit auf französischem Boden mit ausländischen Finanziers in lebhaften Unterhandlungen steht. Die Fama will ihn sogar in Beziehungen zum amerikanischen Morgantrust bringen, was an sich gar nicht so unwahrscheinlich dünkt; denn ein Zusammenarbeiten der französisch-deutschen und der amerikanischen Schwermetallindustrie erscheint recht begreiflich.

Zudem hat aber das amerikanische Finanzkapital bei den bayrischen Wasserkraftprojekten seine Hand im Spiel. Schon vor Jahrzehnten munkelte man in eingeweihten Kreisen, besonders in der Schweiz, davon, daß ein schweizerisch-französisch-amerikanisches Finanzkonkordat daran arbeite, die gesamten süddeutschen Wasserkraftkräfte (nicht allein die bayrischen) in seinen Besitz zu bringen. In Bayern war man damals taub, und die Interessenten wußten das Geheimnis zu wahren bezw. die Öffentlichkeit abzulenken. Der Anfang ist nun gemacht; wir werden bald von weiteren Schritten hören. Vielleicht auch von Beziehungen zwischen deutschen Interessenten à la Stinnes und der ausländischen Finanzgruppe . . .

Man beachte die Schlachtberichte von heute: Stinnes steht in Augsburg, in Nürnberg, in München; Stinnes rückt im Marsch vor; Stinnes hat seine Stellungen nach Oesterreich vorgeschoben und ist in Wiener-Neustadt eingezogen.

General Stinnes!
Ein Herzogtum für den General Stinnes, wenn Napoleon-Kapital Kränze ausstellt!

Bayern zur Entwaffnungsfrage.

Die Kerikalen drohen der Reichsregierung. — Kommunisten und Deutschnationale hegen zum Krieg.

F. Die Pariser Beschlüsse geben der Konterrevolution aller Schattierungen eine willkommene Gelegenheit zu ausgiebiger nationalsozialistischer Hege. Am schlimmsten wird es wieder in Bayern getrieben. Die Kerikale „Bayrische Volkspartei“ trennte ursprünglich die Forderungen der „wirtschaftlichen Wiedergutmachung“ streng von denen der „Entwaffnung“. Und zur Frage der Entwaffnung der bayrischen Einwohnerwehren behauptete ihr Zentralorgan, der Bayrische Kurier, daß er sich nie auf ein „Nein“ verleihe. Aber plötzlich kam über Nacht eine Wandlung in dieser Auffassung und die Parteikorrespondenz der „Bayrischen Volkspartei“ will die wirtschaftlichen Fragen von den Fragen der Entwaffnung nicht mehr trennen. Die Note des Obersten Rates sei als ein einheitliches Ganzes überreicht worden und das ihr entgegengebrachte „Nein“ beziehe sich auf den gesamten Inhalt. „Wir kennen keine verschiedene Behandlung des Teils, der über die Reparation und des Teils der über die Entwaffnung handelt.“ Der Erklärung, die Abg. Schjiffer am 2. Februar im Reichstag abgab, und der auch die Vertreter der „Bayrischen Volkspartei“ ihre Zustimmung gaben, wird plötzlich, soweit sie sich auf die Entwaffnungsfrage bezieht, eine besondere Interpretation gegeben, die ein altes „Nein“ auch in der Entwaffnungsfrage bedeutet. Es wird dann der Bekräftigung Ausdruck gegeben, daß die Reichsregierung zu einem „unlösen Entgegenkommen“ in der Entwaffnungsfrage geneigt wäre. Das sei ein „ungläubliches Beginnen“. Die Reichsregierung habe sich in ihrer Antwortnote an General Nollet den bayrischen Standpunkt zu eigen gemacht, und an dieser Auffassung halte Bayern nach wie vor fest. Eine Reichsregierung, die von diesem Standpunkt abwich, würde eine Spannung zwischen Bayern und dem Reich hervorrufen, die unsagbar traurig wäre. Die Verhältnisse in Bayern müßten unbedingt als wichtiger Faktor in das Kalkül der Reichsregierung eingerechnet werden. Ein Abweichen der bayrischen Regierung von ihrer bisherigen Politik würde die „heftigsten Erschütterungen in Bayern“ hervorrufen. In einem weiteren Artikel im Bayrischen Kurier wird der Reichsregierung „nackter Verrat“ vorgeworfen, wenn sie durch Erfüllung der Entwaffnungsforderungen Rücksicht auf die Reparationsfrage erkaufen wolle. Es hagelt in der ganzen kerikalischen Presse von Drohungen gegen die Reichsregierung, wobei immer auf die „schlechten Wirkungen ihrer Haltung auf das bayrische Volk“ hingewiesen wird, verbunden mit der Mahnung, in Berlin den „suchtbarsten Ernst der Stunde nicht verkennen zu wollen“.

Diese Drohungen sind für den Kenner bayrischer Verhältnisse ganz unweiblich. Bayern will unter keinen Umständen die Einwohnerwehren entlassen und für den Fall, daß die Reichsregierung darauf bestehen sollte, geht man in Bayern seinen eigenen Weg. Die Loslösung Bayerns vom Reich tritt wieder drohend als Gespenst in den Vordergrund. Es hat den Anschein, als ob der französische Gesandte Baron de Dard bei diesem plötzlichen Stimmungsumschwung nicht ganz untätig gewesen wäre. Hat Frankreich den Kerikalen Drohungen in Bayern bestimmte Zusicherungen gegeben, für den Fall, daß die Mainlinie eine Mauer zwischen Süd und Nord werden soll? So ganz ins Ungewisse hinein geschickt in Bayern nichts. Auch das Verlangen der Landesleitung der Einwohnerwehren allein hätte nicht genügt, sich auf diesen intransigenten Standpunkt zu verstehen, wenn nicht bestimmte Versprechungen von Frankreichs Seite gemacht worden wären. In Bayern ist es ja alte Tradition, politische Geschäfte zu machen, warum heute vom Altvergebrachten abweichen? Die Situation ist günstig, gewisse Kreise in Frankreich scheinen nicht abgeneigt, also frisch gewagt! So kann die Krise in der Entwaffnungsfrage noch einige unvorhergesehene Folgen in Bayern haben. Was die Kerikale Presse in Bayern schreibt, das ist Befehl für den bayrischen Ministerpräsidenten, das hat er in Berlin auszuführen. Er mag dabei aber nicht vergessen, daß in der Arbeitererschaft in Nordbayern, auch in Kreisen der übrigen Bevölkerung, die Separationsbestrebungen keine Gegenliebe finden. Eine entschiedene Gegenbewegung würde bei Verwirklichung der kerikalischen Separationswünsche durch Nordbayern gehen und die Gewerkschaften Nordbayerns haben schon jetzt mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Separatisten kämpfen werden.

Neben den Lösungsbestrebungen laufen in Bayern die deutschnationalen und nationalsozialistischen Strömungen, die die gegenwärtige Krise für geeignet halten, einen fröhlichen Krieg gegen die Entente vom Zaune zu brechen. Die deutschnationalen und nationalsozialistischen Schreier haben es sogar dem Stinnesblatt Münchner Neueste Nachrichten zu bunt getrieben, das ja die Entwicklung wünscht, die Herrn Stinnes die ungehörte Fortführung seiner Geschäfte ermöglicht. Diese Geschäfte könnten gestört werden durch die wilde Kriegshetze der schwarz-welschen Patrioten. Aber es gibt nicht nur Kriegshetze dieser Couleur. Auch ganz blutige gibt es in Bayern. Die Kommunisten treten in aller Öffentlichkeit für einen Krieg gegen die Entente als Antwort auf die Beschlüsse von Paris ein! In ihrem Blatt rufen die Kommunisten die deutschnationalen Studenten und Zeitfreiwilligen auf, gemeinsam eine rote Armee zu bilden, eine Brücke zu schlagen über die Leichen, die im Ruhrgebiet, in Bremen, in Berlin und München liegen! „Lebt mit uns die Waffen!“ rufen sie den Studenten. „Laßt uns einen Nahkampf mit einem Wehrstand schaffen, eine Front, eine Linie! Laßt uns zusammen auf die Straßen gehen und die revolutionäre Volkshebung ausrufen. Laßt uns die Räterepublik zusammen ausrufen, das Vaterland der Arbeit und der Jugend! Kommt in unsere Versammlungen und geht mit uns durch die und dünne!“ Und in der kommunistischen Versammlung hegen die kommunistischen Redner zum Krieg gegen die Entente. „Eine einheitliche Front vom Ural bis zum Rhein wird geschaffen!“ Und die nationalsozialistische Jugend wird aufgefordert, gemeinsame Sache mit den Kommunisten zu machen. Die Studenten dürfen ihre Waffen

nicht abliefern, rät der Kommunist Otto Thomas, und wer Waffen an die Entente verleiht, ist ein Hundstotl. „Alle Kommunisten sind für einen revolutionären Krieg gegen die Entente ein!“ Er verkündet der Kommunist Otto Graf unter frenetischem Jubel der Studenten. Und am nächsten Tag geht die Münchner Zeitung auf die Vorschläge der Kommunisten ein und versucht eine gemeinsame Linie zu finden. Die Kommunisten wollen mit Ludendorff gemeinsam gegen den Westen Krieg führen, aufs neue die Wälder in Blut und Glend färbigen. Mit demselben Ludendorff, der erst mit den Bolschewisten Geschäfte machte, um dann der Entente Vorschläge zu unterbreiten, wie man gemeinsam gegen den Bolschewismus zu Felde ziehen könnte. Heute verhandeln die Ludendorffoffiziere mit den Münchner Kommunisten, um sie für einen Feldzug der russischen Bolschewisten, der deutschen Kommunisten und der deutschnationalen Studenten und Offiziere gegen die Entente zu begeistern. Ein Abdeutscher hätte im August 1914 nicht mit härterem Nationalismus zum Kriege heissen können, als die kommunistischen Redner in der Münchner Versammlung. Man fragt sich, ist die Dummheit, oder der Verrat das Stärkere in diesen „Kommunisten“, die Ludendorff die Hand bieten? Wie man sieht, vereinen sich in Bayern kerikale Separationsbestrebungen mit kommunistisch-deutschnationaler Kriegshetze. Die Kommunisten wollen gemeinsame Sache mit den Mördern des deutschen Proletariats machen. Die arbeitslosen Generale gehen ebensogern mit der roten Armee gegen den Westen, wie sie mit dem Westen gegen die Bolschewisten gezogen wären.

Hierwahr ein erhebendes Bild, das Bayern jetzt bietet. Das Durcheinander in der durch die Pariser Forderungen ausgelösten Krise wird von allen Seiten dazu benutzt, Sonderwünsche der Bewirtschaftung entgegenzuführen. Die deutschnationale und die separatistisch-kerikale Gefahr ist heute in Bayern größer denn je!

Ein neuer Kommunistenprozeß vor dem Ausnahmegericht.

Vor dem außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommandos I in Moabit fand am Freitag und Sonnabend ein neuer Prozeß gegen sechs Personen statt, die unter dem Verdacht stehen, einer verbotenen militärischen Organisation, der sogenannten „Kampfs-Organisation“ der K.P.D., angehört zu haben. Angeklagt waren der Monteur Karl Ziegler, Martin Conrad, Hermann Loge, Erich Laubien und Paul Krndt.

Nach Beginn der Verhandlung entspann sich eine Debatte zwischen den Verteidigern Justizrat Broch und Justizrat Fränkl einerseits und dem Gericht andererseits über die Zuständigkeit dieses Sondergerichts. Die Verteidiger vertraten, wie schon bei der ersten Verhandlung, den Standpunkt, daß die Verurteilung des Reichspräsidenten unzulässig sei, daß sie nur vom Reichswehrminister, nicht aber vom Reichsminister des Innern und dem Reichsjustizminister gegengezeichnet sei. Es sei absurd, daß in einer Zeit, in der nicht einmal der Ausnahmezustand bestreite, Zivilisten vor ein Gericht gestellt würden, dessen Zusammensetzung ein General bestimme.

Nach längerer Beratung erklärte sich das Gericht für zuständig. Nach der Anklage soll Ziegler das Unternehmen am 19. August v. J. geleitet haben, bei dem die Angeklagten verurteilt, das Waffenlager auf dem Laubengrund an der Grottenstraße auszuheben. Aller Wahrscheinlichkeit nach habe Ziegler bei dem Feuergefecht mit den beiden Polizeibeamten Schwedowski und Boger den tödlichen Schuß auf den erstgenannten Beamten abgegeben. Das deswegen eingeleitete Verfahren mußte wegen Mangels an Beweisen eingestellt werden. Die anderen Angeklagten sollen als Gewehrträger an dem verurteilten Waffendiebstahl in der Wiltonstraße beteiligt gewesen sein.

Der Angeklagte Karl Ziegler erklärte hierzu, daß er sich erst nach dem Rapp-Busch einer politischen Partei angeschlossen habe. Von einer Kampforganisation habe er zuerst durch die Presse und beim Untersuchungsrichter gehört. Alles, was darüber mit ihm in Verbindung gebracht worden wäre, sei Unfuss. — Der Vorsitzende hielt dem Angeklagten vor, daß er nach den Aussagen des Angeklagten Fall im ersten Prozeß an der Schließung am 8. August und an dem Unternehmen in der Nacht vom 19. August teilgenommen haben soll. Ferner sei er sowohl von Fall wie von Ziegler als Truppenführer in der K.O. bezeichnet worden. — Ziegler bestritt die Richtigkeit dieser Angaben. Die übrigen Angeklagten bestritten ebenfalls jegliche Beteiligung an einer K.O.

In der Beweisaufnahme wurde als erster Zeuge der Bureauchef Fall vernommen, der seinerzeit nach seiner Verhaftung im Polizeipräsidium sehr genaue Angaben über die K.O. Weisungen gemacht hatte, auf Grund deren die einzelnen Beteiligten von der Polizei verhaftet und gegen sie Anklage erhoben wurde. Jetzt erklärte Fall, daß ihm damals alle Geständnisse abgepreßt worden seien und daß er alles widerläge. Die vernommenen Polizeibeamten bestritten dagegen, daß sie bei der Vernehmung die Zeugen irgendwie beeinflusst hätten.

Eine Sensation gab es, als plötzlich Staatsanwalt Kammin erklärte: „Wir sind hier soeben vom Justizwachmeister Zeite überreicht worden, die man im Vorlauf gefunden hat. Die Zeite sind von dem Zeugen Fall geschrieben und offenbar an den Angeklagten Ziegler gerichtet. Es heißt darin:

Von mir bist du nicht befreit. Ich kenne dich nur von der Partei her. Meine Vernehmung am Alexanderplatz ist ja nun gütlichherweise illusorisch geworden. Im Sportklub waren nur Michaels und ich. Du hast alles für Quatsch gehalten, nun mußt du dich versehen, weil dich doch Dolny und General befreit haben. Es ist nur gut, daß dieser Prozeß hier gegen die K.O. vor dem Werdprozeß Schwedowski behandelt ist, denn das Urteil aus diesem Prozeß ist ja unumstößlich. Das ist wichtig, denn wenn Spedmann mit seiner Auslage jetzt kommt, ist es für eine Belastung zu spät. (Große Bewegung im Saal.)

Der Zeuge Fall erklärte dazu: Es ist wohl meine Handschrift, aber ich weiß nicht, wann ich das geschrieben haben soll.

Nach einer kurzen Pause wird der Zeuge Fall nochmals über den ihm verfaßten Kaffee befragt. Der Vorsitzende bemerkt, daß das Schicksal der fünf Angeklagten in der Hand des Zeugen liege und forderte ihn auf, die Wahrheit zu sagen. Der Zeuge, der ziemlich fassungslos war, gibt zunächst eine wütere Antwort, sagt sich aber dann, und erklärte, daß er dem Hauptangeklagten Ziegler den Zettel habe zukommen lassen wollen. Da der Zeuge auf weitere Fragen schweigt, stellt Justizrat Broch die Vermutung an, daß es sich wohl um einen Spießhandel, der vorgab, Mitglied des Republikanischen Führerbundes zu sein.

Staatsanwalt Kammin sagte in seinem Plädoyer: Es sei festgestellt, daß ein militärischer Verband bestanden hat. Es fanden militärische Übungen unter sachmännlicher Leitung statt und es bestand in der K.O. eine so bewundernswerte Disziplin, daß sich der alte Militarismus daran hätte ein Beispiel nehmen können. Die Zeugen haben, eingeschüchert durch ihre zahlreichen Genossen oder durch die Furcht vor einem Parteitribunal fast alle versagt. Es scheint, als ob eine unflüchtige Macht die Zeugen gelenkt hat. Die Aussagen der Arminialbeamten aber erfahren eine Ergänzung durch das Schmelgen des Fall, der ein äußerst gewichtiger Mensch ist. Sein Kaffee hat ihn verraten. Ziegler ist als Mitglied der Kampforganisation anzusehen. Auch bezüglich der übrigen Angeklagten hielt Staatsanwalt Kammin den Beweis der Zugehörigkeit zur K.O. für erbracht. Er beantragte gegen Ziegler eine Gefängnisstrafe von neun Monaten, gegen Loge, Krndt, Conrad, Laubien je sechs Monate Gefängnis.

Der Verteidiger Broch führte in seiner Verteidigungsrede aus, daß er hoffentlich nur ein Zufall sei, daß die Staatsanwaltschaft gerade jetzt, zur Zeit der Pariser Beschlüsse, diesen Prozeß zur Verhandlung bringe und daß nicht etwa damit der Entente die Gefahr des Kommunismus für Deutschland gezeigt werden solle, um damit eine Hinauschiebung der Entwaffnungsfrage zu erreichen. Er ging dann auf die Feststellungen des ersten Kommunistenprozesses ein und suchte die für seinen Mann

danten befristenden Angaben des Fall mit dem Hinweis auf dessen Unzuverlässigkeit zu entkräften. Für den Fall, daß das Gericht dennoch zu einer Verurteilung kommen sollte, bat der Verteidiger am Schluß seines fast zweistündigen Plädoyers im Falle einer Gefängnisstrafe um bedingten Strafsauschub. — Der Verteidiger der übrigen Angeklagten, Justizrat Fränkl, schloß sich in längeren Ausführungen den Darlegungen seines Mitverteidigers an.

Das Gericht fällt nach 1½ stündiger Beratung das folgende Urteil:

Der Angeklagte Krndt wurde wegen Vergehens gegen § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt. Die übrigen Angeklagten werden freigesprochen.

Sellsame Sozialisten.

Die Polen rufen die nationalsozialistische Propaganda zu einer oberhöchlichen Woche auf. Man schlägt festige Löne in den Aufrufen an und erklärt: „Wir verlangen vom euch Geld, eine Abgabe von eurem Vermögen und Einkommen“. Aber man verlangt solche Abgaben nicht, ohne gleichzeitig den Geldgebern die nötigen Versprechungen zu machen. Die Aufrufe fordern noch viel energischer von der Regierung, daß sie die Streiknararchie in Polen ersticke. Es ist interessant festzustellen, wie eigenartig auf solche exzentrische Aufrufe die polnische sozialistische Presse reagiert. Der Raprod in Krakau schreibt dazu: „Das klingt wie eine Aufforderung zur Anwendung härterer Repressalien gegen die Streikenden.“ Nun aber folgt nicht etwa ein Protest, sondern das eigenartige sozialistische Organ stellt fest, daß die Statistik der Streiks beweist, daß Deutschland bei weitem die meisten Streiks im ersten Quartal im Jahre 1920 gehabt habe. Dann gibt das „sozialistische“ Organ den bürgerlichen nationalsozialistischen Agitatoren folgenden Rat: „Nicht einmal annähernd hat Polen so viele Tage gestreikt und die Herzen von jenem Komitee könnten die deutschen Agitatoren durch die Schwere der Zahlen schlagen.“ Das „sozialistische“ Blatt also fordert nationalsozialistische Agitatoren auf, für ihre Agitation davon Gebrauch zu machen, daß die sozialistische Bewegung in Polen noch so schwach ist, daß Streiks zur Wahrung der Rechte der Arbeiterkraft nur in geringem Umfange stattfinden können. Wir müssen gestehen, daß wir für diese sozialistische Auffassung nur sehr wenig Verständnis haben, und daß wir der oberhöchlichen Arbeiterkraft nicht wünschen können, daß sie unter die Führung einer solchen sozialistischen Partei gerät.

Keine Rechtsprechung „im Namen des Volkes“.

Bei der Beratung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof entwickelte sich eine interessante Debatte darüber, in wessen Namen der Staatsgerichtshof Recht sprechen solle. Nach der Regierungsvorlage sollten die Urteilsprüche „im Namen des Reichs“ ergehen, während von untern Genossen und auch von den Rechtssozialisten und Demokraten verlangt wurde, daß die Rechtsprechung „im Namen des deutschen Volkes“ erfolgen solle. Genosse Rosenfeld wies darauf hin, daß die Reichsverfassung selber das Wort Republik verleihe, Deutschland aber doch kein Kaiserreich mehr sei. Deshalb müsse, um den Geistesstand zu früheren Zeiten klar heranzubringen, im Namen des deutschen Volkes Recht gesprochen werden. Nach der dreizehnten Verfassung werde ja auch von den bürgerlichen Gerichten im Namen des Volkes Recht gesprochen. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien wollten die alten Traditionen aufrecht erhalten. Sie möchten die Revolution vergessen machen. Mit knapper Mehrheit beschloß der Ausschuss, daß der Staatsgerichtshof „im Namen des Reichs“ zu sprechen habe. Eigentlich ist es so auch richtiger, denn die bestehende Klassenlücke, wie sie jetzt besteht, kann wirklich nicht für sich in Anspruch nehmen, im Namen des Volkes Recht zu sprechen, denn ihre Urteile schlagen zu oft dem Rechtsempfinden der Volksmehrheit direkt ins Gesicht.

Der Geist der K. P. D.

Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: Die von den Unabhangigen am Sonntagvormittag im Schumann-Theater einberufene Versammlung nahm einen sehr kümmerlichen Verlauf. Es hatten sich hier eine erhebliche Anzahl Kommunisten eingefunden, welche die Versammlung planmäßig störten und den Referenten Robert Dörmann andauernd unterbrachen, so daß der Redner zeitweise nicht zu verstehen war. Die Ruhestörer schrien und johlten. Man warf Feuerwerkkörper auf die Bühne und einmal wurde sogar von der Galerie aus geschossen. Es waren blinde Schüsse; niemand wurde verletzt. Als Dörmann schließlich zu Ende war, wurde die Versammlung geschlossen. Dagegen opponierten die Kommunisten. Als ein Kommunist auf dem Podium erschien und sprechen wollte, wurde er abgewiesen. Hierauf gab es neuen großen Tumult. Nach auf der Straße lebten sich, wie die Frankfurter Zeitung berichtet, die erregten Szenen fort.

Der Streit um die deutschen Fabel.

London, 8. Februar. (T.M.) Aus Washington wird gemeldet, daß neue Bemühungen von Seiten des Staatsdepartements gemacht werden, um zu einem Uebereinkommen in der Frage der deutschen Fabel noch vor dem 4. März zu kommen, an welchem Tage die gegenwärtige Verwaltung scheidet. Der Unterstaatssekretär im Staatsdepartement, Davis, hat die Botschafter Frankreichs, Japans und Italiens eingeladen, mit ihm über diesen Gegenstand an einem Tage dieser Woche zu konferieren. Man glaubt nicht, daß ein Uebereinkommen bis zu diesem Tage möglich sein wird, denn Frankreich besteht auf seinem Anrecht, daß die Fabel Frankreich-Atlantischer Ozean, die gegenwärtig im Besitz Frankreichs sind, ihm verbleiben, Japan nimmt eine ähnliche Haltung ein.

Die Reparationskommission.

TU. Paris, 8. Februar. Die Reparationskommission hatte bereits mehrfach die alliierten und assoziierten Regierungen aufgefordert, ihr eine Liste ihrer Kriegsschäden zu unterbreiten zwecks Anhebung der deutschen Schuld. Die Reparationskommission hat sich jetzt von neuem an die einzelnen alliierten Regierungen gewandt und den 12. Februar als letzten Termin für die Vorlegung der Liste der Kriegsschäden festgesetzt. — Die Reparationskommission ist von der Botschafterkonferenz mit der Ausführung des 9. Abschnittes des Versailler Vertrages Artikel 248—263 (finanzielle Bestimmungen) beauftragt worden.

Moskau gegen Serrati.

Nach einer Meldung des Corriere della Sera hat das Exekutivkomitee der dritten Internationale an die italienische Kommunistische Partei ein Radiogramm gerichtet, in dem sie erklärt, in Italien nur die kommunistische Partei anzuerkennen zu können, und nochmals den Bann gegen Serrati schleudert. In dem Funkpruch heißt es: „Reißt fest, kommunistische Genossen, denn jetzt konzentriert sich alle Kräfte des Bürgertums gegen eure Partei.“

Die Befehlsgebung in dem letzten Satz ist natürlich Unfuss. Der Ansturm des Bürgertums richtet sich nicht allein gegen die neue Kommunistenpartei, sondern gegen die sozialistischen Arbeiter überhaupt. Die Vorstöße der italienischen Organisations haben das bereits bewiesen. Wie überall, so wird auch in Italien die gesamte, durch die Spaltung ihrer Organisation geschwächte Arbeiterklasse unter den Folgen der verhängnisvollen Moskauer Politik zu leiden haben.

Die Heizmittelnot in Petersburg.

Petersburg, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Moskau wird berichtet: Eine Rundgebung der Regierung an alle Gouvernements und Kreisämter beschäftigt sich mit dem Mangel an Heizmaterial, der neuerdings großen Umfang annimmt, den Bahnverkehr lähmende, die Einfuhr von Heizmaterial verzögere und zur Kühlung der Nationen zwingt. In den nächsten Monaten müsse die Partei daher ihre ganze Kraft auf die Versorgung der Eisenbahn mit Heizmaterial vereinigen. Von dem erfolgreichen Verlauf der Holzbeschaffung und Anfuhr hänge die Ausführung des Planes für den Wiederaufbau der Industrie und des Transportwesens und die Anfuhr von Brot für die Verbrauchszentren für das ganze Jahr ab. Es sei nötig, mit der Bereitstellung von Holz überall sofort zu beginnen und alle Kräfte zu diesem Zwecke zu verwenden. Es sei im Januar nur ein Fünftel dessen angefahren worden, was laut Verfügung des Verteilungsrates angefahren werden sollte.

Frankreich und Polen.

Paris, 7. Februar. (L.-U.) Die Blätter berichten, der Hauptzweck der Pariser Reise des Marschalls Pilsudski sei gewesen, die Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Polens zu beeinflussen und gleichzeitig in dieser Frage einen Druck auf England auszuüben. Der polnische Außenminister konnte darlegen, daß deutsche Agenten in Oberschlesien erzählten, wenn Polen allein stände, würde es unter den finanziellen und militärischen Lasten zusammenbrechen. Aus diesem Grunde müsse noch vor der Abstimmung in Oberschlesien öffentlich bekanntgegeben werden, daß Frankreich Polen wirtschaftlich und militärisch unterstützen wolle. Frankreich wüßte jedoch erst das Ergebnis der Abstimmung und die neuen Grenzen Polens kennen zu lernen, bevor es zum Abschluß einer Militärallianz mit Polen bereit ist. Im Falle eines ungarisch-polnischen oder tschechisch-polnischen Krieges würde Frankreich sich aber jeder Unterfütterung enthalten, sollte Deutschland einen Angriff gegen Polen unternehmen oder einen russischen Krieg gegen Polen unterstützen, so würde Frankreich militärische Hilfe leisten, wird Polen von den Bolschewisten allein angegriffen, dann würde Frankreich keine Soldaten ins Feld senden, sondern nur Offiziere und Kriegsmaterial und die französische Flotte hätte die Aufgabe, die Verbindung über Danzig freizuhalten. Eine der Forderungen für die Zusage Frankreichs sei, daß die polnischen Truppen Wina räumen.

Einwirkungen der Pariser Abmachungen auf die Rigaer Verhandlungen.

O. E. Riga, 7. Februar. Der Gang der polnisch-russischen Friedensverhandlungen in Riga ist durch die Pariser Reise Pilsudskis ungünstig beeinflusst worden. Die Russen befürchten das Zustandekommen neuer polnisch-französischer Abmachungen. Ein Nachgeben ist beiderseits wenig bemerkbar. Die durch die polnischen Goldforderungen hervorgerufene ernste Krise dauert noch an. Zwar finden täglich vertrauliche Beratungen zwischen Toffe und Dombi statt. Aber auch die Frage der Rückerstattung des rollenden Materials kann noch nicht als endgültig geklärt angesehen werden, da die Russen die von Polen zurückverlangten Transportmittel teilweise als Kriegsbeute betrachtet wissen wollen.

Rußland zur Unterzeichnung des englisch-russischen Abkommens bereit?

London, 7. Februar. Daily Herald bringt unter der Überschrift Rußland zur Unterzeichnung bereit einen Bericht seines Moskauer Korrespondenten über die von Tschitscherin bereits an Curzon gedruckte Antwort der russischen Regierung auf den Entwurf zum russisch-englischen Handelsabkommen. Danach ist Rußland zur Unterzeichnung des Abkommens bereit unter gewissen Bedingungen: Die besonderen Garantien gegen Propaganda und feindselige Aktionen in gewissen Ländern sollen gegenseitig sein. Beide Parteien kommen überein, die Unabhängigkeit und Integrität Persiens, Afrikas und des Gebiets der türkischen Nationalität zu respektieren. Außerdem soll England es unterlassen, in oben genannten Ländern ebenso wie in den Ländern, die einen Teil des früheren russischen Reiches bildeten, und jetzt unabhängige Staaten geworden sind, irgendeine feindselige Aktion gegen Rußland zu unternehmen, und sich nicht in die Beziehungen Rußlands mit anderen Ländern einzumischen. In der Note wird dem Wunsch Ausdruck gegeben, eine wirklich solide Grundlage für freundschaftliche Beziehungen zu schaffen und den Frieden im Osten aufzustandzubringen. Die Note leugnet die Entsendung von russischen Truppen nach Kleinasien und die Veranstaltung der Revolution in Budapest.

Abberufung Wigdor Kopp.

M. Berlin, 8. Februar. Der bisherige Vertreter Rußlands in Berlin, Wigdor Kopp, ist nunmehr endgültig abberufen worden. Er wird durch einen Bruder Krassins ersetzt werden.

Ein russischer Protest an Frankreich.

O. E. Riga, 7. Februar. Eine amtliche Moskauer Meldung protestiert dagegen, daß 15 russische Schiffe und 3 russische Unterseeboote mit dem ganzen Wrangelischen Marineflotte von den Franzosen aus Konstantinopel nach Bizerta geschickt worden sind. Die französische Garnison sei doppelt so stark wie die englische und bestehe hauptsächlich aus Freiwilligen. Auf der Rede von Konstantinopel liegen zurzeit 12 Ententeschiffe.

Umfangreiche Schiebungen mit Heeresgut.

Berlin, 8. Februar. Die Reich-Treuhandgesellschaft ist einer großen Verschöpfung von Heeresgut nach Polen auf die Spur gekommen. Der Verwalter des optischen Lagers der Reich-Treuhandgesellschaft in Spandau versuchte, mittels einer Reihe von Schiebern optische Instrumente, die für Artillerie- und Infanteriegeschütze dienen hatten, an polnische Käufer zu verkaufen. Am Sonnabend wurden in Berlin acht große Kisten bei einem Speditur beschlagnahmt, in denen sich 300 Kundblisterrohre, 200 Artilleriewisere und 12 Handfernrohre befanden. Außerdem wurde weiteres Heeresgut im Werte von 200 000 M. bei einem Fabrikbesitzer in Steglitz vorgefunden. 13 Personen, die an dem Schmuggel nach Polen beteiligt sind, konnten verhaftet werden. Leider gelang es nicht, die polnischen Käufer festzunehmen.

Deutschland.

Einpruch Deutschlands gegen Verordnungen der Rheinlandkommission.

Wie aus Koblenz berichtet wird, hat der Reichskommissar für das besetzte rheinische Gebiet gegen den Inhalt gewisser neuerer Verordnungen der interalliierten Rheinlandkommission bei dieser Einspruch erhoben. Es handelt sich vornehmlich um Verordnungen über die Bestandaufnahme der Hilfsmittel für militärische Zwecke, über Vereine und Unterrichtsanstalten, über die Strafbarteln von Verwunden und Teilnahme bei Zusammenkünften gegen Befehle und Ausweisungen und über Leistungen des Deutschen Reichs nach Artikel 8 des Rheinlandabkommens. Da die Rheinlandkommission diese Einsprüche abgelehnt oder noch nicht Stellung dazu genommen hat, hat sich nunmehr der Reichskommissar erneut an die Rheinlandkommission gewandt und nachdrückliche Vorstellungen erhoben. Er hat auch seinen früheren Antrag wiederholt, ihm vor Erlass von Verordnungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Auflösung der Landwirtschaftskammer Breslau und des Landesökonomikollegiums.

DA. Berlin, 7. Februar. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Das preussische Staatsministerium besprach in seiner Montagssitzung die Vorläufe der letzten Tagung der Landwirtschaftskammer Breslau, wo es, wie bekannt, zu monarchistischen Demonstrationen gekommen war, bei denen die Regierungsvertreter brüskiert wurden, und beschloß die Auflösung dieser Landwirtschaftskammer.

Ebenso wurde ein Beschluß gefaßt, das Landesökonomikollegium aufzulösen. Diese Institution, die schon seit Jahren nicht mehr zusammengetreten ist, besitzt schon seit langem keine Existenzberechtigung mehr, zumal als Gesamtdirektion der deutschen Landwirtschaft der Verband der Landwirtschaftskammern besteht.

Deutsche Justizreform.

Trotz aller Klagen über die Justiz soll die Rechtspflege noch verschlechtert werden. Während des Krieges wurde die Zulässigkeit der Berufungen gegen Urteile der Zivilgerichte auf die Fälle beschränkt, in denen der Wert des Streitgegenstandes 50 M. übersteigt. Die Regierung will jetzt sogar die Grenze für die Berufung auf 500 M. erhöhen. Im Rechtsausschuß des Reichstages beantragte Genosse Rosenfeld, die Berufungssumme ganz zu beschränken, so daß in jeder Sache Berufung erfolgen kann. Unser Vertreter rügte, daß in der Einführung einer Vermögensgrenze eine Benachteiligung der Arbeiterschaft liegt. Der kleine Mann wird und kann nicht verstehen, daß nur der Reiche bei seinen Prozessen Berufung einlegen kann. Der Antrag unseres Genossen wurde aber abgelehnt, und die Berufungssumme auf 300 M. erhöht.

Oberschlesisches.

Wie die schlesische Zeitung nach Meldungen Ratowitzer Blätter berichtet, wurden am Freitagabend zwei Beamte der politischen Abteilung der Ratowitzer Polizeidirektion, auf Veranlassung der interalliierten Kommission unter der Beschuldigung verhaftet, Spionage betrieben zu haben. — In Opeln wurde im Anklus an deutsche Kundgebungen bei der Abfahrt des aus Oberschlesien ausgewiesenen Oberregierungsrats Weisch eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten wurden kurze Zeit später entlassen. — Sechs schwerbewaffnete Banditen überfielen in Zaborze das Geschäftshaus eines deutschen Kaufmanns und plünderten es aus. Es fielen ihnen 18500 M. bares Geld und für 20000 M. Waren in die Hände. Die herzutretenden größeren Mehrheitsmassen wagten nicht, gegen die Banditen vorzugehen, die unbehelligt mit ihrer Beute entkamen. — In Myslowitz ist ein bekannter obererschlesischer Fußballspieler von polnischen Banditen erdolcht worden. Die polnischen Banditen wurden von der aufgeregten Menge beinahe getötet. Zwei von ihnen konnten zur polnischen Grenze flüchten. Zwei andere wurden schwer verletzt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Vom irischen Kampflager.

Die Blätter berichten, der Generaladjutant des Stabschefherren, Michael Collins, sei vorige Woche in einem Gefecht in der Nähe von Sligo (Grafschaft Con) erschossen worden. — Drei bewaffnete Männer drangen in eine der Dubliner Filialen der Nationalbank ein, bedrohten das Personal mit Revolvern und erpressten mit annähernd 1000 Lit. — Als Vergeltung für einen Angriff, bei dem 11 Volkspolizisten den Tod gefunden haben, sind in der Gegend von Draughton mehrere Häuser eingeschert worden. — Bei Überfällen in Dublin wurde ein Offizier und mehrere Zivilisten verwundet und eine Person getötet. — Der Sinnfeindliche De Valera, der „Präsident der irischen Republik“, soll nach einer Londoner Meldung in London gelandet sein.

Der Achtstundentag in Belgien.

Die belgische Kammer hat das Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag und die achtstündige Arbeitswoche verabschiedet. Es wurde mit 143 gegen 8 Stimmen angenommen.

Die nächste Tagung des Völkerbundrates. Laut Temps findet die nächste Tagung des Völkerbundrates am 21. Februar in Genf statt.

Sächsischen Angelegenheiten.

Ein Tendenzprozeß.

Die Auslegung des § 193. — Eine veraltete Reichsgerichtsentcheidung. — Das Parteiprogramm der USP. vor dem Oberlandesgericht.

Die Dresdner Unabhängige Volkszeitung hatte in ihrer Nummer vom 8. Januar 1920 unter der Spitzmarke „Proletarier-Clend und Bourgeoisie“ einen Artikel gedruckt, der über das unerhörte Verhalten des Radeberger Arztes Dr. Bernhardt berichtete und diesen Arzte zum Vorwurf machte, daß er die schwerkranke Frau des Fabrikarbeiters K. einige Tage ohne ärztliche Hilfe gelassen und für ihren zur gleichen Zeit verstorbenen Ehemann erst nach sorgföhltem Drängen einen Totenschein ohne vorherige Totenschau ausgestellt habe. Am Schluß des Artikels hieß es es bewahrheitete sich wieder einmal, daß ein Teil der Verzelebten kein menschliches Herz, Fühlen und Denken habe. Ein Großhändler oder Großkapitalist habe es nicht nötig, nach dem Arzt zu laufen, da komme der Arzt eher fünfmal ungerufen.

Wegen Beleidigung wurde dem Genossen Edel als verantwortlichen Schriftleiter im Offizialverfahren der Prozeß gemacht, weil in dem Artikel der Vorwurf enthalten sein sollte, Dr. B. habe seine Berufspflicht als Arzt und seine allgemeinen menschlichen Pflichten aus Eigennutz aufs gräßlichste verletzt und den Totenschein pflichtwidrig ohne vorherige Totenschau ausgestellt. Das Schöffengericht erkannte auf 800 M. Geldstrafe oder 80 Tage Gefängnis. Eine dagegen beim Landgericht eingeleitete Berufung blieb erfolglos. Die Beleidigung des Angeklagten, daß es sich um eine nicht belebende Kritik der ärztlichen Behandlung des kranken Ehepaares handle, lehnen die Richter nicht gelten. Sie erklärten vielmehr, die behaupteten Tatsachen seien nicht erweislich wahr.

Der Angeklagte wolle den Artikel erst aufgenommen haben, als fünf Gewährsmänner für die Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben eingereicht seien und auf Veröffentlichung gedrängt hätten. Sei dem so, so könne ihn dies doch nicht vor Verurteilung schützen. Der Angeklagte habe schließlich auch den Schutz des § 193 beansprucht, weil er die Interessen des Proletariats wahrgenommen habe; er hätte sich nur dann strafbar gemacht, wenn aus Form und Beipostumständen eine Beleidigungsabsicht hervorgehe. Für ihn habe es sich um die Bekämpfung eines

Systems gehandelt, nicht um die Bloßstellung der Person des Dr. Bernhardt. Das Landgericht ist aber anderer Ansicht gewesen. Dem Angeklagten sei es darauf angekommen, den Klassenkampf und den Klassenhaß, unter dem gegenwärtig das deutsche Volk besonders zu leiden habe, im Interesse einer radikalen Arbeiterpartei zu schüren. Das sei kein berechtigtes Parteinteresse. Ein berechtigtes Interesse habe der Angeklagte überhaupt nicht wahrnehmen wollen. Das Recht der Schriftleitung zur Wahrnehmung von Parteinteressen sei zu verneinen. Für die Anwendung des § 193 liegen die Voraussetzungen nicht vor.

Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Glaser, bekämpfte die bisherige Auslegung des § 193, die in seinem Wortlaut keine Rechtfertigung finde.

Das Urteil enthalte aber auch einen Rechtsirrtum. Zunächst sei gegen den Angeklagten das Privatklagenverfahren eingeleitet worden. Dann habe aber der Staatsanwalt die Sache aufgenommen und damit die Ansicht vertreten, daß ein öffentliches Interesse vorliegt, festzustellen, ob Dr. B. seine Pflicht getan hat. Von diesem Standpunkte sei auch die Zeitung ausgegangen. Den Klassenkampf zu schüren, sei der einzige Zweck der Unabhängigen Partei; sie ist eine Kampfpartei, so sagt ausdrücklich ihr Parteiprogramm. Man mag vom bürgerlichen Standpunkt das Ziel des Kampfes als bedauerlich halten; aber rechtlich darf man nicht sagen: Du verfolgst nicht berechtigtes Interesse, wenn du die Interessen deiner Partei wahrnimmst. Der Verteidiger hat um Aufhebung des angefochtenen Urteils und Zurückverweisung der Sache an das Landgericht zwecks Feststellung, ob die Absicht einer Beleidigung vorliegt.

Der Oberstaatsanwalt mußte als richtig annehmen, daß die Rechtspflege des Reichsgerichts durchaus nicht allgemein anerkannt sei, vertrat jedoch den Standpunkt, daß im selben Augenblick, wo das „zur Wahrnehmung berechtigter Interessen“ vom Richter verneint werde, rechtliche Betrachtungen über Sinn und Tragweite des § 193 hinfällig seien. Das Landgericht lag der Angeklagte habe ein berechtigtes Parteinteresse überhaupt nicht wahrnehmen, sondern den Nebenkläger bloßstellen wollen, und deshalb müsse das angefochtene Urteil als zu Recht bestehend anerkannt werden.

Das Oberlandesgericht hat das Rechtsmittel verworfen. Die Begründung des Urteils hat es sich sehr leicht gemacht. Das landgerichtliche Urteil beruhe — so wurde ausgesprochen — nicht auf der Frage, ob die Wahrnehmung von Parteinteressen eine Wahrnehmung berechtigter Interessen ist und welche Stellung der Presse hierbei auszuweisen ist, vielmehr stelle es fest, daß der Angeklagte den Klassenkampf und Klassenhaß schüre. Möge nun der Klassenkampf ein berechtigtes Parteinteresse sein, so gelte das nicht vom Klassenhaß. Klassenkampf sei auch ohne Haß möglich, Klassenhaß schüre heiße dagegen Verhetzung der Volksmassen gegeneinander. Die Schürung des Klassenhaßes selbst als Mittel des Kampfes sei vom sittlichen Gesichtspunkte nicht zu billigen und könne in der Rechtsordnung keinen Schutz finden.

Das ist die alte sächsische Gerichtspraxis, nach der die Presse für vogelfrei erklärt wird. Und da fallen es gewisse Kreise noch heimlich als Beleidigung auf, wenn von einer Klassenjustiz gesprochen und den Richtern nachgesagt wird, daß sie immer mehr den Zusammenhang mit dem Leben und dem Denken und Fühlen der breiten Volksmassen verlieren.

Die wendische Sprache im Schulunterricht.

Der Abgeordnete Heßlein (Zentr.) hat im sächsischen Landtag folgende kurze Anfrage an die Regierung eingebracht: Der Paragraph 2, Absatz 5, des Uebergangsgesetzes für das Volksschulwesen bestimmt, daß den Kindern des wendischen Volkstammes innerhalb des planmäßigen Unterrichts das Wendische zu lehren und zur Übung im schriftlichen Gebrauch der wendischen Sprache sowie zur Anbahnung wendischer Kinder- und Volkstheater Gelegenheit zu geben ist. Inwiefern sind die Bestimmungen dieses Paragraphen des Uebergangsgesetzes durchgeführt, bzw. was gedenkt die Regierung zu tun, um, soweit es noch nicht geschehen, zu veranlassen, daß baldmöglichst dem Absatz 5 des Paragraphen 2 des Uebergangsgesetzes in vollem Umfange Rechnung getragen wird?

Neue Gesetzentwürfe für den Landtag.

Das Gesamtministerium hat in der Sitzung vom 4. Februar beschloffen, folgende Gesetzentwürfe dem Landtag vorzulegen:

1. Die Nachträge zu dem ordentlichen und dem außerordentlichen Staatshaushaltplan, sowie den Entwurf eines Gesetzes über einen weiteren Nachtrag zum Finanzgesetz für das Rechnungsjahr 1920.
2. Den Nachtrag zum Haushaltplan des Staatlichen Elektrizitätsunternehmens auf das Rechnungsjahr 1920, sowie den Gesetzentwurf über einen Nachtrag zum Gesetz über diesen Haushaltplan und über die Aufnahme einer Staatsanleihe für das Unternehmen.
3. Den Gesetzentwurf über das Steuerrecht der öffentlichen rechtlichen Religionsgesellschaften.
4. Den Gesetzentwurf über die Änderung der Pfandbesitzer-Gebühren.
5. Den Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes vom 12. Mai 1900 in der Fassung vom 12. April 1918 über die Entschädigung von an Rindennarkentzündung beziehungsweise Gehirn-entzündung umgestandenen Pferden und von an Maul- und Rinderpest umgestandenen Rindvieh.
6. Den Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Besoldung der Staatsbeamten und Lehrer vom 21. Mai 1920.

Von Nah und Fern.

Ausbruch des Vopocatepeff. Nach einer Meldung der U.S.-Tel. hat der Vopocatepeff (Mexiko) seine vulkanische Tätigkeit wieder aufgenommen. Vulkanische Eruptionen haben im Nihinus von Tehuantepec eine große Anzahl von Anwohnern getötet und Menschenleben vernichtet. Der Gipfel des Berges ist gegenwärtig von schwarzen Rauchschwaden umgeben.

Ein belgischer Vandalenstreifer als Schieber. Mainz, 6. Februar. Nach einer Meldung des Echo du Rhin aus Aachen ist am Donnerstag an der deutsch-belgischen Grenze von der Grenzschutz ein Auto angehalten worden, in dem der Direktor der Bank von Berviers sich befand, die in Aachen eine Zweigstelle unterhält. Dabei sollen bedeutende Summen beschlagnahmt worden sein. Da außerdem die belgische Grenzschutz nicht in Ordnung waren, habe die deutsche Schutzwache den Direktor, seinen Sekretär und Chauffeur verhaftet, später aber wieder freigelassen, den Direktor aber nur gegen Stellung einer Kaution von einer Million Mark.

Die Opfer des Eisenbahnunglücks bei Wien. Wien, 7. Februar. Nach Blättermeldungen hat das Eisenbahnunglück bei Feldsberg nach den bisherigen Feststellungen 16 Todesopfer gefordert. Ueber 40 Personen wurden schwer verletzt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fleißner in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Piller, Vordorf-Weipzig. Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Ruhrol Schachtel Mk. 3.-
Lassen Sie sich nichts anderes in die Hand drücken!
König-Salomo-Apothek, Grömmische Str. 17.
Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Billige Anzüge

für die minderbemittelte Bevölkerung.

Anzüge Qualität A, B, C, D werden an Wiederverkäufer und Hausierer nicht abgegeben, sondern nur an persönlich erscheinende Käufer.

Die Stoffe zu den Anzügen Qualität A und C sind vom Reichskleiderlager Leipzig geliefert und zeichnen sich durch große Haltbarkeit aus. Bei Stoffen Qualität B und D, die freihändig ab Fabrik bezogen wurden, ist neben Haltbarkeit auch geschmackvolle Ausmusterung berücksichtigt. Die Anzüge sind mit guten Friedenszutaten versehen und ganz gefüttert. Sie sind in reiner Gesellenarbeit in meinem eigenen Berliner Großbetrieb hergestellt. Schnitt, Sitz und Paßform meines Fabrikates sind als mustergültig bekannt.

	A	B	C	D
Herrn-Anzug moderne glatte Form	300	320	330	380
Herrn-Anzug Sportform, Umschlag-Hose	315	335	345	395
Burschen-Anzug Oberweite 78-86, Sportform, Umschlag-Hose	285	300	315	345
Konfirmanden-Anzug Oberweite 70-76, Sportform, Umschlag-Hose	260	270	285	320
Jünglings-Anzug, Sacco gefüttert Hochgeschlossene Sportform, Knie-Hose	195	210	220	260

Anzüge aus hochwertigen Stoffen in neuester Ausmusterung Mk. **450.— 740.—**

Reichsanzüge ohne Bezugschein Mk. **180.— 184.— 245.—**

Friedrich Treumann

Roßplatz 1 LEIPZIG Roßplatz 1

Ämtliche Bekanntmachungen.

Zufertigungsausgabe für Gastwirtschaften, Bäckereien, Konditoreien und Apotheken.
Gastwirtschaften: am 17. und 18. Februar 1921 in der Warenverteilungskasse der Wirt. Peters-Reinweg 18, gegen Vorlegung des Personalausweises.
Bäckereien, Konditoreien, Apotheken: vom 14. bis 16. Februar in der Hauptstelle der Warenverteilung Marktgrabenstraße 8, Zwischengeschob, gegen den üblichen Ausweis.
Die Zuteilung gilt für die Zeit bis 2. Juni 1921.
Leipzig, 8. Februar 1921. Gew.-R. XXX.
Der Rat der Stadt Leipzig.

2000 Mark Belohnung!

Gestohlen wurden in der Nacht zum 6. d. M. aus einem Geschäftsräume in der Gottschalkstraße: 1 großer Vollen Stidereien, Vollenpolant, Balencinnelstein, 7 weißleibene u. 16 schwarze leibene Schals, 4 1/2 m schwarze kunstleibene Miletöpfe, 15 weiße Untertassen, 6 Decken, ferner Decken, Läden, Tischentwürfer, Matratzen und weiße Baustoffen für Damen sowie 1 Vollen Tordion- und Klöppel-Idie.
Auf Ermittlung des Täters und auf Wiederherbeziehung der gestohlenen Waren hat die geschädigte Firma eine Belohnung von je 1000.-4 ausgesetzt, deren Verteilung durch das Polizeiamt unter Ausschluß des Rechtsweges erfolgt.
Sachdienliche Mitteilungen schneidens erbeten an die Kriminalabteilung an Rr. R. XIII, 342/21, Leipzig, den 7. Februar 1921.
Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Auktionshaus „Nord“
Alfred Dix Auktionator
L.-Gohlis, Eisenacher Straße 60 und 43.
Übernahme von Auktionen jeder Art, ganze Nachlässe, einzelne Stücke, Anlagen usw., kulant Bedingungen.

Über Pilo
den hervorragenden Schuhputz

führt der Weg
zu blanken Stiefeln.

Verlangen Sie überall Pilo-Extra
(friedensmäßig hergestellt)

Am 6. ds. Mo., nachmitt. 1/3 Uhr, verchied nach schwerem Weiden unter hoffnungsvoller Sohn, Bruder und Schwager, mein herzensguter Gatte, der Betriebsbuchhalter
Artur Anton
im blühenden Alter von 24 Jahren.
Wahren, den 7. Februar 1921.
Dies seinen schmerzhaft an
Heinrich Anton und Familie
Gertrud vorw. Anton geb. Zeh
Beerdigung findet Donnerstags, nachm. 1/4 Uhr, auf dem Friedhof Wahren statt.

Brennholz
in großen und kleinen Vollen frei
Haus sowie waggonweise liefert
Mitteldeutscher Brikett-Vertrieb
Friedrich König, Leipzig-Kleinzscho
Dieskaustraße 39. Fernruf 40 874.

Metallarbeiter

Verband
Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Abendstunden 6-11 Uhr. Tel. 0784
Anmeldungen müssen gegen Einreichung von 20 Verbandsbuch innerhalb drei Tagen erfolgen.

Mittwoch, den 9. Februar, abends 1/7 Uhr

Bezirks-Versammlungen
in folgenden Lokalen:
Felsenkeller, L.-Blagwitz, Schloß Drachenfels, L.-Go
Karl-Heine-Straße, Gohlis/Neustadt, L.-Neuh
Mühlhofs Festhalle, Grüne Schänke, L.-Anger
L.-Kleinzschocker, Friedrichshallen,
Alter Gohlis, Neuhsh L.-Connewitz.

Tagesordnung:
1. Bericht der Kartelldelegierten, 2. Stellungnahme zur Erhebung der Extrabeiträge, 3. Der „offene Brief“ u. Stellungnahme dazu.
Die am 1. Februar 1921 beschlossene Urwahl der Kartelldelegierten findet am 13. Februar, von früh 9 bis nachmittags 3 Uhr statt.
Zutritt zu den Bezirks-Versammlungen nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.
Die Ortsverwaltung.

Die Jahresberichtsversammlungen der einzelnen Bezirke und Branchenausschüsse

finden an folgenden Tagen statt:
Dien: am 10. Febr., nachm. 1/6 Uhr, Albertgarten, Zweinajendorfer Straße
Witten: am 14. Februar, nachm. 5 Uhr, Felsenkeller, Karl-Heine-Straße
Norden: am 11. Februar, nachm. 1/5 Uhr, Schillerstraße, Mendelstraße
Zentrum: am 10. Febr., nachm. 1/5 Uhr, Friedenfelds, Windmühlenweg
Gehmetall: am 11. Febr., abends 1/7 Uhr, Volkshaus-Café
Klempner: am 11. Febr., abends 7 Uhr, Eldorado, Pfaffenborfer Straße
Mechaniker: am 11. Februar, abends 1/6 Uhr, Exelstor, Taudauer Straße
Wasschloffer: am 11. Febr., abends 7 Uhr, Restaurant Golenitube, Turnerstraße 5
Graveure: am 11. Febr., nachm. 1/5 Uhr, Billard-Zimmer, Volkshaus
Schmiede: am 10. Febr., abends 1/6 Uhr, Eißium, Kolonnenabteilung, Eifenstraße
Werkzeugmacher: am 11. Februar, abends 1/7 Uhr, Volkshaus, Zimmer 9
Felsenhauer: am 11. Februar, abends 1/7 Uhr, Volkshaus, Zimmer 1
Städtische Betriebe: am 11. Febr., abends 1/7 Uhr, Volkshaus, Billard-Zimmer
Schloßer-Anschläger: am 11. Febr., abends 1/7 Uhr, Volkshaus, Zimmer 3.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Bericht und Neuwahl der Komitees.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Hollentamps billiger Stoffverkauf

Von diesem Angebot sollte jeder Gebrauch machen, der Bedarf hat. Die Preise sind so niedrig gestellt, daß sich in absehbarer Zeit bestimmt keine preiswertere Gelegenheit findet

- 140 cm breiter blauer Chebiot schöne haltbare Qualitäten seht M. 39.—, 49.— **39.—**
- 140 cm breiter marengo Chebiot sehr haltbare schöne Ware seht M. **69.—**
- 140 cm breite farbige Anzugstoffe schöne Muster, gute Qualitäten seht M. 69.—, 39.— **49.—**
- 140 cm breiter Kosenstoff gestreifter Chebiot seht M. **49.—**

H. Hollentamp & Co.
Erstes Herrenbefeidungshaus

USPD. Groß-Leipzig

Mittwoch, den 9. Februar 1921, abends 1/8 Uhr, im Pantheon, Dresdner Straße:

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur bevorstehenden internationalen Konferenz in Wien. Referent: Genosse R. Lipinski. 2. Parteianglegenheiten. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Hauptvorstand.

Ortsverein L.-Gohlis (U. G. P. D.)

Donnerstag, den 10. Februar, abends 1/8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Brauerei-Anschluß Nikau, Elisabethstraße 17.

Tagesordnung:

1. Vortrag über: Die Grundlagen der sozialistischen Weltanschauung. Referent: Redakteur Genosse Ernst Frenzel.
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Ein vollständiges Erscheinen der Genossen und Genossinnen erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Leipzig

Bureau: Gerberstraße 1, II. (Hotel Viktoria), Zimmer 21. Telefon 3426.
Geöffnet von 9-12 und 4-7 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr.
Arbeitsnachweis: Mühlgraben 26, S. II. Tel. 917, geöffnet 8-4, Sonnabends 8-3 Uhr.

Freitag, den 11. Februar, abds. 7 Uhr im Geschäftslokal des Volkshauses

Jahres-Delegierten-General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts-, Kassen- und Revisions-Bericht. — 2. Bericht über den Arbeitsnachweis. — 3. Bericht der Kartelldelegierten. — 4. Neuwahl der Ortsverwaltung. — 5. Neuwahl der Revisionskommission. — 6. Neuwahl der Kartelldelegierten. — 7. Antrag der Ortsverwaltung: Anstellung eines Agitationsleiters. — 8. Ausschluß von vier Mitgliedern wegen unfolgsamen Verhaltens. — 9. Anträge aus den Mitgliedervereinen. — Diskussion zu allen Punkten und Gewerkschaftliches. Die Delegierten werden aufgefordert, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Zur Teilnahme an der Versammlung herbeizutritt nur die Ausweis Karte, die mit dem Mitgliedsbuch zusammen vorzulegen ist. Die Ortsverwaltung.

Kohlen-Niederlage
Leipzig Ost
Leipzig-Volkmarisdorf, Mariannenstraße 81
Gleisanschluß

Nach bedeutender Erweiterung von jetzt an täglich von 7 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags ununterbrochen geöffnet.

Prompte Belieferung :: Billigste Preise :: Reelles Gewicht.
Neuanmeldungen werden jederzeit gern entgegengenommen!

Brennholz
Ich habe Ede Landsberger u. Clausenstraße ein
Kohlenhandels-Geschäft
gegründet und es werden neue Kohlenarten zur Belieferung ab Lager oder ins Haus (auch durch Landbesug) jederzeit angenommen (Tel. 50 586) [Berl. Wilmannstr. 487c.]
Berl. Wilmannstr. 487c.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 8. Februar.

Parteiangelegenheiten.

Sitzung der Stadtverordneten-Fraktion.

Heute abend 7/8 Uhr im Volkshaus. Zimmer ist an der Tafel angegeben. Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.

Mit-Leipzig, Bezirk Osten. Mittwoch, den 9. Februar, abends pünktlich 7/8 Uhr im Pantheon, Kleines Zimmer am Büfett, wichtigen Funktionärsitzung. Die Bezirksleitung.

Ortsverein Plagwitz-Eindenauschleusig. Die Bibliothek ist jetzt wieder Mittwochs und Freitags nachmittags von 2 bis 4 Uhr für die Kinder geöffnet. Regere Benutzung wünscht Der Vorstand.

Ortsverein L. Modau. Mittwoch, den 9. Februar, abends 7/8 Uhr, im Ratsteller Frauenklubstübchenabend. Rednerin: Genossin Gerber.

Frauen Mit-Leipzigs. Beerdigung der Genossin Teichert Mittwoch, 1 Uhr, Kapelle Südfriedhof.

Kursus Jensen 7. Morgen, nachmittags 2 Uhr, im Lehrsaal des Arbeiterbildungsinstituts, Braustr. 17: Fortsetzung.

Wer sabotiert die Einverleibung der Vororte?

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die Leipziger Neuesten Nachrichten brachten am Montag einen Bericht über Verhandlungen die zwischen Vertretern der Gemeinde Leutzsch und des Rates der Stadt über die Einverleibung von Leutzsch stattgefunden haben In dem Bericht heißt es:

„Den interessantesten Punkt bildete die von Leutzschern Vertretern an den Rat gestellte Frage, ob die Stadt überhaupt noch ein Interesse an einer Einverleibung habe. Die Antwort konnte bejaht werden, aber über die Verzögerung der Sache, die als Sabotage bezeichnet wurde, herrscht noch keine Klarheit, die Schuld liegt, wie der Ratsvertreter geäußert hat, an der Amtshauptmannschaft, weil sie innerhalb eines Jahres (seit Februar 1920) noch nicht die nötigen Unterlagen für Paunsdorf beschafft hat, von denen der Beschluß Leipzigs abhängt. Von anderer Seite wurde berichtet, daß ein Schreiben des Rates vom 10. August vorigen Jahres noch im Dezember auf der Kreishauptmannschaft gelegen habe Diese trage die Schuld an der Verzögerung. Da ein Ortsrat über die Einverleibung nur erst von Paunsdorf vorliege, hätte der Bezirksausschuß nur Vorverhandlungen führen und noch nicht beschließen können. Auch dem Bezirksausschuß wurde von dritter Seite der Vorwurf zu langsamem Arbeiten gemacht. Man kenne nicht die geheimen Widerstände. Vielleicht fürchtete die Landwirtschaft, höhere Bezirksbeiträge wegen des Fortfalls der vier Orte, von denen Leutzsch immer als „Brellbod“ dienen mußte. Die Verzögerung der Einverleibung aber hemmt Leutzsch in all seiner Entwicklung. Daher muß die Einverleibung sofort wieder im Bezirksausschuß zur Sprache kommen. Im Hinblick auf die Sache darf man wohl von beteiligter Seite eine Keuzerung zu diesen Verhandlungen erwarten.“

Zu dieser Sache habe ich zu bemerken, daß der Bezirksausschuß an der Verschleppung keine Schuld trifft. Vom Amtshauptmann v. Finkh wurde bereits vor einiger Zeit in einer Bezirksausschusssitzung mitgeteilt, daß die Eingemeindungsakten vom September bis 17. Dezember bei der Kreishauptmannschaft liegengeblieben seien, denn auf eine Anfrage sei die Antwort von der Regierung erteilt worden, daß bis zu diesem Tage kein Material in dieser Sache bei ihr eingegangen sei.

Auch bezüglich der Entschädigungsfrage ist vom Bezirksausschuß beschloffen, die Einverleibung daran nicht zu hindern. Es soll die Stadt Leipzig, solange eine Regelung dieser Frage durch die Regierung nicht erfolgt ist, den Satz der Bezirkssteuern für die Gemeinden zahlen, den diese jetzt im Bezirksverband zu zahlen haben. Nach obigem Bericht hat es den Anschein, als ob man bestrebt sei, die Schuld an der Verschleppung der Einverleibung auf den in seiner Mehrheit aus U. S. P.-Mitgliedern bestehenden Bezirksausschuß abzuwälzen, um die wirklich Schuldigen zu verbergen. Welche Absichten die bürgerlichen Parteien verfolgen, zeigt der deutschnationalen Antrag im Landtage, der die sofortige Anordnung von Neuwahlen für die Gemeindevertretungen verlangte Der Antrag ging von Leipzig aus. Wer die Tätigkeit der Einverleibungsgegner beobachtet, kann auch ihre Wünsche erkennen. Die Hoffnung der gesamten Leipziger bürgerlichen Parteien bei der nächsten Stadtverordnetenwahl die Mehrheit zu erhalten, ist längst bekannt. Daß diese Hoffnung aber nicht in Erfüllung geht, wenn die vier Arbeitergemeinden: Leutzsch, Großschlocher, Wahren und Paunsdorf eingemeindet sind, ist diesen Herrschaften ohne weiteres bekannt. Aus diesem Grunde ist das Drängen nach der Wahl und die Sabotage der Einverleibung begreiflich. Man muß es aber als Dreistigkeit bezeichnen, wenn die Kreise, die in den Neuesten Nachrichten ihren Schutt abladen und die mit den Saboteuren in enger Verbindung stehen, die Allgemeinheit irreführen und die Schuld der Verschleppung auf andere abwälzen wollen.

Den Einverleibungsausschußmitgliedern der Stadt Leipzig wäre aber zu empfehlen, den Amtshimmeln einmal etwas nachzuhelfen und festzustellen, inwieweit die Saboteure der Einverleibung aller Instanzen in Verbindung stehen. Die Mithilfe der Bezirksausschußmitglieder, soweit Mitglieder der U. S. P. in Frage kommen, ist ihnen in dieser Sache sicher.

Proletarier-Elend.

In der Probstheider Straße in Leipzig-Connewitz bewohnt ein Arbeiter mit seiner Frau und zwei Kindern eine aus Stube, Kammer und Küche bestehende Wohnung. In der winzigen Küche steht ein Bett, ein Tisch, zwei Stühle ohne Sitz, ein Schränkchen und ein Herd. Im Herde sind die Platten zerbrochen, infolgedessen raucht und rußt er ganz beträchtlich. Der Hauswirt läßt trotz wiederholter Bitten nichts ausbessern. In der Stube besteht das gesamte Mobiliar aus einer Sofarune, die ein Schrebergartenbesitzer aus seiner Laube entfernt und den Leuten geschenkt hat. Ein Schrank und eine Kommode sind in der höchsten Not verkauft worden. Der Ofen, der einmal im Zimmer stand, ist zusammengeknallt. Der Hauswirt läßt ihn nicht wieder aufstellen. Die Trümmer sind in der Kammer aufgestapelt, in der außer einem Kinderwagen sich auch nicht ein Stück Möbel befindet. An Kleidung und Wäsche besitzt die Familie nur, was sie auf dem Leibe trägt. Das kleinere Kind muß mit dem Kopf des Vaters bedeckt im Wagen schlafen. Das 10jährige Mädchen schläft auf dem Sofa und muß sich mit dem Unterbett abdecken. Für Vater und Mutter bleibt die schmale, mit Stroh gefüllte Bettstatt und das eine Deckbett übrig. In solchen Höhlen hausen die Unglücklichen, nicht imstande, die notwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen. In solchem Elend wachsen Kinder auf, immer nur Not und Entschöpfung vor Augen, immer mit dem Gefühl, zu den Enterbten und Ausgestoßenen zu gehören! — Als wir die Wohnung verlassen, wären wir fast die Treppe herabgestürzt, da ein Stück des Schuttboden schief ist. Wo sollen die Armen, die nie die Miete zahlen können — das Fürsorgeamt zahlt sie — den Mut finden, den Hausbesitzer zur Erfüllung seiner Pflichten auszufordern? Mit großen Herren ist nicht gut Kirschen essen. Und dieser Hauswirt, der die zerprüngelten Ofenplatten nicht ersetzt, der den zusammengeknallten Ofen nicht wieder herstellen läßt, der das Treppengeländer in polizeiwidrigem Zustand beläßt, ist ein großer und reicher Herr — es ist nämlich der Rat der Stadt Leipzig! Wir verlangen, daß der verantwortliche Beamte, dem das Haus zur Verwaltung unterstellt ist, rücksichtslos zur Rechenschaft gezogen wird. Das städtische Fürsorgeamt muß sofort eingreifen, um das grauenhafte Elend dieser Proletarierfamilie wenigstens etwas zu mildern.

Ein Mansardenhöfchen in Stötterth. Die untere Hälfte des einen Fensterflügels ist zerbrochen und mit einem Brettstück verstopft. In den Winkeln des nach beiden Seiten schräg abfallenden Daches steht je ein Weitaufen mit einem Strohsack und einigen Lumpen. Ein schmaler Tisch am Fenster, eine Truhe, ein Stuhl, das ist das ganze Mobiliar. In diesem jämmerlichen Loch haust ein Weib mit vier Kindern. Ein Säugling liegt in einem Korbe mit einem unsäglich schmutzigen Bettstück ohne Ueberzug zugedeckt. Ein Kind von 1 1/2 Jahren läuft, nur mit einem Röschchen bekleidet, barfuß herum. Es hat weder Hemd noch Strümpfe, noch Schuhe. Ein kleiner, krank aussehender Knabe von acht Jahren kann seit November vorigen Jahres die Schule nicht besuchen, weil er weder Hemd, noch Schuhe, noch Strümpfe anzuziehen hat! Alles starrt von Schmutz. Die Frau selbst hat völlig zerlumpte Kleider an. Eine zerrissene Bluse ist nicht einmal imstande, ihre Hüften zu decken; denn sie besitzt auch kein Hemd mehr. Der Mann, der mit zwei Kindern aus erster Ehe zwei Treppen tiefer wohnt, ist arbeitslos. Das Eheverhältnis ist völlig zerrüttet. Das Weib auf dem Dorfe wächst unter besseren Verhältnissen auf als diese in physischem und moralischem Schmutz verkommenen Kinder! — Der Schulleiter, den wir ansuchten, war eben dabei, beim Schulfam die Fürsorgefrage für den Knaben zu beantragen. Auf dem Fürsorgeamt sind diese entsetzlichen Verhältnisse längst bekannt — und trotzdem soll erst jetzt eingegriffen werden, um die Kinder vor völliger Verwahrlosung und Verkommenheit zu schützen!

Eine mittelländlerische Lüge.

Vor einiger Zeit hat der demokratische Landtagsabgeordnete Jähniq im Landtage behauptet, in Leipzig seien mit dem Reglebau schlechte Erfahrungen gemacht worden, das Bauprojekt in Modau habe durch die Reglearbeit 4 Millionen Mark mehr gekostet als es gekostet haben würde, wenn der Bau der privaten Zirkuläre überlassen worden wäre. Diese Behauptungen sind von A bis Z erlogen; Herr Jähniq hat sich von seinen Gewächseuten einen dicken Bären ausfinden lassen. Die Tatsachen sind folgende: Bisher sind 54 Häuser fertiggestellt worden, die insgesamt 4 Millionen und einige Tausend Mark kosten. An diesen Gesamtkosten hätte natürlich auch der Privatunternehmer nicht 4 Millionen sparen können. Das Schönste aber ist, daß der bisher fertiggestellte Teil der Siedlung L. Modau gar nicht in eigener Regie, sondern in der Hauptsache durch Unternehmer hergestellt worden ist. Nur ein geringer Teil der Arbeiten, und zwar ein Viertel der Zimmerarbeiten und je die Hälfte der Maler- und Schlofferarbeiten wurden im Eigenbetrieb ausgeführt. Bei diesen Arbeiten sind im Gegensatz zu den Behauptungen des Herrn Jähniq, mit dem Eigenbetrieb die besten Erfahrungen gemacht worden, so daß mit Sicherheit angenommen werden kann, daß die Uebernahme aller Arbeiten in Eigenbetrieb die Bauten wesentlich verbilligen würde. Ob Herr Jähniq Anlauf nehmen wird, seine falschen Behauptungen im Landtage richtigzustellen?

Beihilfen an Angehörige der vor dem 3. März 1919 vermißten Heeresangehörigen.

Dem Ortsamt für Kriegerversorgung in Leipzig steht noch ein Betrag von Winterbeihilfen für Angehörige zur Verfügung, deren Ernährer bereits vor dem 3. März 1919 im Felde vermißt worden ist. Die hierzu in Frage kommenden Angehörigen müssen sich unter Vorlegung ihres Familienstammbuches, der Rentenpapiere und solcher Unterlagen, aus denen zu ersehen ist, daß der Ernährer vor dem 3. März 1919 vermißt worden ist, vom 9. Februar 1921 in der Zeit von 8—1 Uhr im Ortsamt für Kriegerversorgung Leipzig, Ronnenmühlengasse 8, I, melden. Die Meldung hat in folgender Weise zu erfolgen:

Table with 2 columns: Name and Date. A-D Mittwoch, den 9. Februar 1921. E-H Donnerstag, .. 10. .. 1921. J-N Freitag, .. 11. .. 1921. M-R Sonnabend, .. 12. .. 1921. S-Z Montag, .. 14. .. 1921.

Von der Berücksichtigung ausgeschlossen sind solche Kriegsgebliebenen, welche in den Wintermonaten Oktober bis März 1920 bereits Reichsbeihilfen vom Ortsamt für Kriegerversorgung gezahlt erhalten haben.

Die Korruption im Heere während des Krieges.

Der kaufmännische Hilfsarbeiter Krause aus Leipzig rückte im Jahre 1914 mit ins Feld aus. Anfang 1918 wurde er als Oberlandesgerichtsekretär beim Generalbesoldmächtigsten in Riga ernannt und hatte als solcher auch die Kassengeschäfte zu führen. Bei seinem Amtsantritt fanden sich in der Kasse 8 Millionen Staatsgelder verschiedener Währungen vor. Auf Anweisung der deutschen Regierung war bei Auszahlungen der Jarenrubel mit 1.80 Mk. und der Dumarubel mit 1.60 Mk. zu bewerten. Von einem seiner Vorgesetzten wurde er später darauf aufmerksam gemacht, daß die lettische Regierung für den Jarenrubel 2 Mk. und für den Dumarubel 1.80 Mk. in Anrechnung bringe. Eine Anweisung der deutschen Regierung, bei Zahlungen an Lettland diese Kursdifferenz zu beachten, lag nicht vor. A. hatte aber den Wink seines Vorgesetzten richtig verstanden, und als er in der Zeit vom 19. bis 31. Dezember 1918 in fünf Fällen Auszahlungen der deutschen Regierung an die lettische Regierung zu bewirken hatte, hat er sich die Kursdifferenz zunutze gemacht, indem er in die Bücher die Auszahlungen mit 1.80 Mk. und 1.60 Mk. für den Jaren- bzw. Dumarubel eintrug, während er tatsächlich der lettischen Regierung 2 und 1.80 Mk. berechnete und auszahlte. Auf diese Weise hat er binnen kurzer Zeit 55 000 Mk. erlangt und um diese Summe das deutsche Reich geschädigt. Den Gewinn hat er mit seinem Vorgesetzten und einem Kollegen geteilt. A. wurde im Januar 1919 aus dem Heeresdienst entlassen und später wegen amtlicher Unterschlagung vom Schöffengericht Leipzig zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Von der Berufungsinstanz wurde die Strafe auf 4 Monate Gefängnis erhöht. Der Angeklagte legte Revision beim Oberlandesgericht ein und er behauptete, daß der an der

Sache beteiligte Vorgesetzte bloß wegen Begünstigung und Schleicherei von einem anderen Gerichte einige Tage Gefängnis bekommen habe. Es wurde weiter behauptet, daß unter den Militärangestellten allgemein eine solche Annonierung der Kursdifferenzen für erlaubt gehalten worden sei! Die Revision wurde verworfen. Das muß eine weite Witzschale im Baltikum gewesen sein. Die Korruption ist ganz allgemein gewesen.

Der Verband der Lungen- und Tuberkulosekranke hielt am 27. Januar im Volkshaus seine erste Generalversammlung ab. Der Vertrauensmann Genosse Rudolph erklärte Bericht und griff dabei zurück bis zur Gründung der Organisation. Redner erklärte, wenn alle Lungen- und Tuberkulosekranke sich an die Organisation anschließen würden, würde sie eine der stärksten Organisationen im Reich werden und die Besserung der Verhältnisse würde nicht so lange auf sich warten lassen. Den Leitungen der Zellanstalten und deren Chefsärzten ist der Verband ein Dorn im Auge, da seine Hauptaufgabe in der Ueberwachung der Behandlung der Patienten in den Zellanstalten besteht. Auf die Behandlung soll eingewirkt werden, daß den Lungenkranken mehr und billigere Lebensmittel ausgedient werden. Auch die Lungenkurative entspricht nicht in dieser Bestimmung ihrer Aufgabe, was von den Mitglidern bitter beklagt wird. Die Wahl der Vorstandes ergab als 1. Vorsitzenden den bisherigen Vertrauensmann Genossen Rudolph, als 1. Kassierer wurde Genosse Peters gewählt. Die weiteren Vorschläge wurden von der Versammlung per Akklamation angenommen. Die Neuanmeldungen sind in letzter Zeit sehr zahlreich und es steht zu erwarten, daß alle noch Fernstehenden ihre falsche Scham überwinden und sich der Demoralisation anschließen werden. Als Vertreter der Versicherungs- und Versorgungsämtern empfiehlt ich Lebensgenosse Dopp, V. Döllig, Bornaische Straße 21.

Die Drucksachen werden stärker geprüft. Drucksachen sollen leicht von der Post sorgfältiger als bisher geprüft werden. Man glaubt die Wohnnehmung gemacht zu haben, daß der Prüfung der hauptsächlichsten Zusätze bei Drucksachen von den Postbeamten nicht die nötige Aufmerksamkeit zugewandt wird. Die Postkasse erleidet einen empfindlichen Schaden durch die vielen brieflichen Mitteilungen, die zur Drucksachengebühr verhandelt werden, aber auf den ersten Blick als unzulässig erieimbar seien. Das Reichspostministerium hat deshalb den Postamtsvorstehern ausgeschrieben, die Beamten im Abfertigungs- und im Briefbestellendienst hierauf hinzuweisen. Es soll dafür gesorgt werden, daß die Drucksachen gehörig auf unzulässige briefliche Mitteilungen geprüft werden. — Einzelnahme Teilbeträge des einmaligen Fernsprechnachtrages dürfen nicht zurückgezahlt werden, wenn ein Dritter die Postzahlung übernehmen will. Von Dritten wird nur noch der Nachtrag angenommen. — Darnach gibt in nächster Zeit neben den deutschen Postwertzeichen mit Ueberdruck besondere Freimarcken aus, bis zu 50 Pf., mit dem Bild einer Danziger Rogge und der Aufschrift „Freie Stadt Danzig“, die höheren Werte mit dem Danziger Wappen sowie dem Tage der Errichtung der Freien Stadt: „15. XI. 1920“ wieder.

Zu der Erwiderung des Städtischen Arbeitsamts am 25. 1. 1921 auf unsre Notiz vom 5. 1. 21: „Das Städt. Arbeitsamt als Förderer reaktionärer Bestrebungen“ in der Leipziger Volkszeitung hat der Betriebsrat noch folgendes zu bemerken: Der Ermittlungsbeamte wolle uns nach erstmaliger Erörterung bei der Geschäftsleitung der fraglichen Firma mit, daß diese erklärt habe, A. sei technischer Angestellter (?), für diesen fäme also die 48stündige Arbeitswoche nicht in Frage. Das Arbeitsamt könne übrigens gar nichts unternehmen, wir sollten diesbezügliche Klage beim Schlichtungsausschuß einreichen. Eine Erklärung unsererseits, daß A. eine praktische Tätigkeit nicht ausübe, und daß im Betrieb eine andere Person nicht vorhanden sei, welche A. ablösen oder unterstellen könne, ist unter keinen Umständen erfolgt, da erstens diese Frage überhaupt nicht an uns gerichtet und zweitens zur fraglichen Zeit noch zwei andre Herren in derselben Abteilung die gleiche Tätigkeit ausübten, und außerdem A. erst neuerdings zum Druckerei-Faktor ernannt wurde; A. hat übrigens Tätigkeiten, in jede der einzelnen Berufsgruppen einschlagend, verrichtet. Das Arbeitsamt bestreitet, daß weder die Firma noch der Betriebsrat von dem Ermittler beschieden worden sei, da der zuständige Demobilisierungskommissar noch keine Entscheidung getroffen habe. Damit bestreitet man nunmehr doch die Zuständigkeit des Arbeitsamtes; warum verwies man uns erst an den Schlichtungsausschuß? Wenn das Arbeitsamt diese Angelegenheit mit größerer Beschleunigung (?) — ausgeführt hat, so dürfte man wohl gespannt sein, in welcher Zeit sie erledigt worden wäre, wenn nicht größte Beschleunigung in Anwendung gebracht wird, da bereits am 1. Februar 1920 die erste Anzeige von uns erfolgt ist. Zu bemerken ist ferner noch, daß zu den Verhandlungen mit der Geschäftsleitung und dem Ermittler weder der Vorsitzende noch sonst ein Betriebsratsmitglied hinzugezogen worden ist.

Vertriebsrat der Buchhandlung Vogel u. Vogel G. m. b. H. Taufstunde und blinde Kinder bei dem Eintritt in das schulpflichtige Alter in hierzu bestimmten Bildungs- und Erziehungsanstalten unterzubringen, wenn nicht durch die dazu Verpflichteten anderweit für ihre Erziehung hinreichend gesorgt ist. Alle bis jetzt noch nicht angemeldeten, im vollschulpflichtigen Alter stehenden taubstummen und blinden Kinder sind deshalb von den Eltern und Erziehern zur Aufnahme in eine Anstalt spätestens bis zum 15. Februar d. J. schriftlich beim Schulamt anzumelden. Vom Dividendenlegen in Leipzig. Der Aufsichtsrat der Firma Frigis Schulz jun., A.-G. in Leipzig, faßte den Beschluß, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von wieder 25 Prozent auf das erhöhte Aktienkapital von 11 Millionen Mark nach reichlichen Abschreibungen vorzuschlagen.

Pfandscheine verfallen. Gemäß § 22 der Leihhaus-Ordnung werden die Inhaber der Pfandscheine Q. Nr. 20 460, 20 691 hierdurch aufgefordert, sich unter Vorlegung der Pfandscheine unverzüglich und zur Vermeidung des Verlustes aller Ansprüche längstens binnen sechs Wochen vom Tage dieser Bekanntmachung an beim Leihhause zu melden und dabei ihr Recht an den Pfandscheinen zu beweisen, da anderenfalls nach Ablauf dieser Frist die Pfandscheine für ungültig erklärt werden. Zugleich werden der Leihhaus-Ordnung entsprechend hiermit die Pfandscheine N. Nr. 81 311, 81 817, O. Nr. 16 763, 36 006, 36 499, 44 103, 51 910, 51 911, 52 076, 56 116, 62 738, 83 333, 84 870, 85 331, 85 333, 88 210, 88 211, 88 731, 91 171, 99 020, 99 040, P. Nr. 3960 für ungültig erklärt.

Die Ordnung der Gebühren für Benutzung einiger öffentlicher Einrichtungen der Stadt Leipzig, die am 1. Februar dieses Jahres in Kraft getreten ist, wird wegen ihres Umfanges hiermit in der Weise bekanntgemacht, daß sie im Neuen Rathaus an der für amtliche Bekanntmachungen bestimmten Tafel (Eingang Burgstraße) zwei Wochen lang öffentlich ausgehängt wird.

Genossinnen von Connewitz. Schickt eure Kinder Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, nach dem Gauderhaus zum Kindernachmittag. Der Vorstand.

Berein für Mutterschutz zu Leipzig. Im Frühjahr zu vermeiden, bemerken wir nochmals, daß der vierte Mutterschutzkurs am 12. Februar beginnt, während der fünfte Mutterschutzkurs über Erziehungsfragen bereits am 9. Februar beginnt.

Gebührenentwurf. Im Verlage von Wilhelm Schunke (Koblenz) Buchhandlung ist erschienen: Gebührenentwurf für Postpakete mit Drucksachengebühren sämtlicher Postanstalten der Reichszone, Ausgabe für Leipzig und Vororte, von A. Landrock.

„Das neue Angestelltenrecht“ ist eine brennende Frage die jeden kaufmännischen und technischen Angestellten interessiert. Ueber dieses Thema spricht Dr. Heinz Potthoff aus München bei

Jimmie Higgins

Von Upton Sinclair.

Wiederanzwängtes Kapitel.

Jimmie Higgins sieht die Rehrseite.

Diese Ruhmes- und Triumphgefühle schwellten Jimmies Seele jedoch erst viel später; augenblicklich war er völlig erschöpft, der Kopf schmerzte ihm, sein linker Arm brannte wie Feuer. Und zu alledem ereignete sich etwas derart Seltsames, daß er die ganze Schlacht vergaß. Da er mit seinem französischen Gefährten einen Pfad entlang schritt, sahen sie einen Mann in französischer Uniform am Boden liegen. Er war kein Soldat, sondern ein Sanitätsmann, dies bewies die weiße Binde mit dem roten Kreuz am Arm. Er hatte einen Schuß durch die Schulter erhalten, jemand hatte die Wunde verbunden und ihn liegen lassen. Die Franzosen hoben ihn auf und stützten ihn beim Gehen. Jimmie beobachtete sie; als er des Mannes Gesicht sah, kam ihm dieses äußerst bekannt vor. Er hatte dieses Gesicht, oder ein ganz ähnliches bereits gesehen — in einem Augenblick heftiger Erregung. Diese halbvergessene Begegnung rührte sich in seinem Unterbewußtsein, und plötzlich brach die Erkenntnis an die Oberfläche. Konnte es sein? Der Gedanke war lächerlich! Und dennoch! Ja! Der verwundete Sanitätsmann war Lacey Granlich!

Der junge Erbe der Empire-Maschinenfabrik hätte viel ich den kleinen sozialistischen Maschinen nicht erkannt, doch lag in Jimmies Zügen derartiges Staunen, daß auch Lacey's Geist zu arbeiten begann. Bisweilen warf er Jimmie verstohlen einen Blick zu, und als sie die Landstraße erreichten und rasteten, um auf eine Fahrgelegenheit zu warten, sagte Lacey sich neben Jimmie und sagte: „Sie sind doch der Mann, in dessen Hause ich in jener Nacht war?“

Jimmie nickte; der junge Lord von Leewisse blühte ihn unruhig an, sah zur Seite, wandte dann wieder die Augen Jimmie zu. „Ich möchte Sie um etwas bitten“ — bemerkte er.

„Um was?“

„Verraten Sie mich nicht.“

„Was wollen Sie damit sagen?“

„Sagen Sie niemandem, wer ich bin; kein Mensch braucht es zu wissen. Ich verlange dem zu entgehen.“

„Ich verstehe. Ich werde schweigen.“

„Versprechen Sie es?“

„Freilich.“

Beide schweigend eine Weile, dann brach der andre plötzlich, ohne jeden Grund, aus: „Sie werden es ja doch verraten!“

„Bestimmt nicht!“ — protestierte Jimmie — „Weshalb glauben Sie das?“

„Sie hassen mich!“

Jimmie ärgerte, durchforschte seinen Geist. „Nein.“ — erwiderte er schlicht — „Ich hasse Sie nicht — nicht mehr.“

„Mein Gott!“ — rief Lacey — „Sie brauchen mich auch nicht mehr zu hassen. Ich habe für alles bezahlt.“

Jimmie betrachtete das Gesicht des jungen Granlich. Ja, er sprach die Wahrheit. Lacey war nicht bloß abgelehrt, mit Empersperren zugehen; tiefe Falten durchzogen das Antlitz, die nicht von eifrigen Schlächtern, auch nicht von ein paar Kriegsjahren herrührten. Er sah um zwanzig Jahre älter aus, als der arrogante junge Aristokrat, der die Strecker der Empire-Fabrik beschimpft hatte.

Lacey's Augen hingen forschend, schier stehend an Jimmies Gesicht. „Ich mußte fort.“ — sagte er — „hieß es nicht aus. Alle Karren mich an, verlächten mich hinter meinem Rücken! Ich wollte ins Heer eintreten, wurde aber nicht genommen. Deshalb kam ich nach Frankreich, wo Leute gebraucht wurden. Hier nahmen sie mich, als Wahrenträger. Seit einem Jahr bin ich mit dabei. Zweimal war ich bereits verwundet, aber ich kann den Tod nicht finden, was immer ich auch tue. Getötet werden nur jene, die leben möchten, hol's der Teufel!“

Der Sprechende verstummte, als er seine ihm die Wille der Menschen, die leben wollten, und die er sterben gesehen hatte. Als er fortlief, klang demütiges Bitten aus seiner Stimme. „Ich habe versucht, meine Fehler gutzumachen. Möchte bloß in Ruhe gelassen werden. Das ist doch nicht zu viel verlangt?“

„Ich gebe Ihnen mein Wort!“ — erwiderte Jimmie — „ich werde keiner Menschenfeindschaft etwas verraten.“

„Danke“ — sagte Lacey und schaute nach einer kurzen Pause hinzu: „Ich heiße Peterson, Herbert Peterson.“

II.

Ein Karren kam vorbei und nahm sie zur nächsten Verbandsstation mit — zu eiflichen mit großen roten Kreuzen geschmückten Zelten. Automobile brachten Verwandte, Pflegerinnen und Proviant. Jimmie war nun bereits derart geschwächt, daß er sich um gar nichts kümmerte. Er stellte sich an, wartete geduldig, bis die Reihe an ihn kam, versuchte tapfer zu sein, weil ja doch Krieg ist, ob die Hunnen geschlagen werden müssen, und jeder sein Möglichstes tut. Dann legte er sich auf den Erdboden und schloß die Augen. Plötzlich überströmte ihn ein bekannter Geruch. Anfangs vermehrte er, dies sei Einbildung, käme daher, weil er eben mit Lacey Granlich gesprochen hatte und an die Nacht erinnert worden war, da er und Lizzie im einsamen Farmhaus, auf dem Bette lauernd, diesen Geruch eingeholten und auf die Geräusche aus dem Nebenzimmer gelauscht hatten. Und nun vernahm Jimmie aus den Zelten die gleichen Töne — Stöhnen, Wimmern, Schreien, irrez Gerede. Wie seltsam, daß er jedesmal, wenn er diesen Geruch einatmete und diese Schreie hörte, mit dem jungen Herrn der Empire-Fabrik zusammen war.

Nun kam Jimmie an die Reihe, er wurde ins Zelt geführt, und man machte mit ihm kurzen Prozeß, untersuchte, ob die Schlagader heiß sei und keine Gefahr des Zerplatzens bestände, legte ihm einen Verband an und reichte ihn in die „Bergdelazarett-Küche“ ein. Mit einer Anzahl „Eißfässer“, unter denen sich auch Lacey Granlich befand, wurde er auf einen Karren verladen, und nun kam eine lange Fahrt, die er gar nicht genoh. Im Lazarett, das aus einer großen Anzahl von Zelten bestand, herrschte reges Treiben. Jimmie mußte abermals warten, — es gab so viele Wunden und so wenig Leute, um sie zu verbinden. Endlich gelangte er in den Operationsraum; der erste Anblick, der seiner Augen harrte, waren zwei Sanitäter, die in einem Schaff abgetrennte Arme Beine und andre menschliche Körperteile forttrugen. Ein weißgekleideter, blutbesetzter Chirurg, eine weiße Maske vor dem Gesicht, und eifliche ebenfalls Masken tragende Pflegerinnen standen umher. Niemand sagte Jimmie ein Wort zum Gruß, er ward auf den Operationstisch gelegt, sein ganzer Körper mit Ausnahme des verwundeten Armes von einem Gummistuch bedeckt, der Verband wurde abgenommen, eine Pflegerin legte Jimmie etwas aufs Gesicht und sagte: „Atmen Sie tief.“

Wieder dieser schauerliche Geruch, diesmal stärker, überwältigend. Jimmie atmete tief, alles begann zu schwanzen, zu verschwimmen, in Jimmies Kopf brüllte etwas auf, lauter noch als das Maschinengewehr. Er vermochte es nicht zu ertragen, schrie, schlug um sich, doch waren seine Füße gebunden, jemand hielt seinen Arm, alle seine Bemühungen waren vergeblich.

Er fühlte, wie er falle, immer tiefer und tiefer, in einen grundlosen Abgrund, hinab hinab, hinab. Er hörte eine zornige Stimme sagen: „Die Kragen sind zu eng.“ Die Worte klangen in seinen

Ohren nach, nahmen eine ungeheuerliche Bedeutung an, wurden zu einer Welt: „Die Kragen sind zu eng.“ Der Rest der Schöpfung verschwand, das Licht des Daseins erlosch, einzig und allein eine Stimme blieb zurück, die in wirbelnden Unendlichkeiten verkündete: „Die Kragen sind zu eng.“

(Berichtigung folgt.)

Ueber die Arbeitsschule.

Von Lehrer Otto Erler.

II. (Schluß.)

Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß bis zur völligen Durchführung der Arbeitsschule noch viele Hindernisse zu überwinden sind. Die Lehrerbildung ist natürlich noch ganz auf das alte System der Lehrerschule eingestellt. Höchstens in der neuesten Zeit gibt es einige Seminare mit Ansätzen zum Neuen. Die Lehrerschaft muß also, will sie zur Arbeitsschule übergehen, vollständig umlernen. Ein Teil der Lehrerschaft ist mit dem militärischen, bürokratischen und intellektualistischen Charakter der Schule ganz zufrieden. Ein anderer Teil hält nur am Intellektualismus fest und hofft, den Bureaucratismus und Militarismus auch ohne die Neuordnung überwinden zu können. Die Organisation der Lehrerverein, hat sich jedoch entschieden zu dem Gedanken der Arbeitsschule bekennt. Auch zahlreiche Eltern stehen der Arbeitsschule noch nicht freundlich gegenüber, meist aus Unkenntnis, zum Teil aber auch aus dem Hang am Hergebrachten und ein Teil deshalb, weil sie den militärisch-bürokratisch-kapitalistischen Geist der Schule erhalten sehen wollen. Militaristisch ist die Schule, wenn sie den höchsten Wert auf Gehorsam und Unterordnung legt, wenn a. B. beim Eintritt des Lehrers oder gar des Vorgesetzten die ganze Klasse wie ein Mann aufspringt und stramm steht, wenn die ganze Klasse mit gefalteten Händen und geschlossenen Füßen daßht, wenn jeder Schüler nur auf gestellte Fragen antworten darf, wenn sogar Hefte, Bücher, Halter usw. nur auf Kommando herausgenommen und wieder abgelegt werden usw. Bureaucratisch ist die Schule, wenn ein verneiner i-Punkt oder ein schief gezogener Strich oder ein nicht vorchriftsmäßig geschriebener Buchstabe dem Kinde schon einen Tadel einträgt. Bureaucratisch ist sie auch, wenn für den ganzen Unterricht nur der Lehrplan maßgebend ist und die Uebermittlung des Lehrstoffes nach dem Lehrplane die einzige Verpflichtung des Lehrers ist, wenn die nachgewiesenen Kenntnisse der Kinder zum Maßstabe der Pflichterfüllung des Lehrers gemacht werden. Der autoritäre Staat und die kapitalistische Gesellschaftsordnung brauchen eine solche Schule, in der die heranwachsende Jugend in erster Linie die n und zu gehorchen lernt. Ein gewisses Maß von Kenntnissen und Fertigkeiten ist dabei unerlässlich. Der Arbeiter, der Maschinen bauen und bedienen, Lokomotiven, Straßenbahnen und Autos führen, Geld einnehmen und verwalten, kurz, der im Interesse des Kapitals arbeiten soll, muß einen gewissen Grad von Bildung aufweisen. Der Grad von Bildung darf sogar nicht zu niedrig bemessen sein, mindestens für den Industrie- und Handelskapitalismus. Der Agrarkapitalismus allerdings, also in der Hauptsache der Großgrundbesitzer, braucht nur eine sehr dürftig gekultivierte Masse. Er braucht nur einige besser gekulte Köpfe für die Stellen der Vorarbeiter, Aufseher, Böhde, Verwalter usw. Für sie sorgen Fachschulen. Warum aber soll er für die Massen Geld aufwenden? Daraus läßt sich der Tiefstand der ländlichen Volksschule ohne weiteres erklären.

Mer meine Ausführungen gefolgt ist, wird zugeben müssen, daß die Arbeitsschule dem Militarismus in der Schule den Garaus machen wird. Nicht Gehorsam lehrt sie, sondern selbständiges Denken, Ueberlegen und Handeln; nicht Unterordnung fordert sie, sondern Einordnung, gemeinschaftliches Tun, Kameradschaft, Hilfsbereitschaft. Die Klasse springt beim Eintritt Erwachsener nicht auf, sondern sie steht auf wie andre gestützte Menschen auch, wenn sie grüßen wollen. Die Kinder sitzen nicht mit geschlossenen Füßen und gefalteten Händen da; denn sie arbeiten, sind in Bewegung und Tätigkeit. Nicht der Lehrer stellt fortgesetzt Fragen, sondern die Kinder bei der Arbeit.

Den Bureaucratismus kann die Arbeitsschule auch nicht vertragen. Für den Lehrer ist nicht der Lehrplan, der Paragraph maßgebend, sondern das Kind, jedes einzelne Kind, seine Kraft, seine Fähigkeiten, seine Entwicklung.

Nicht autoritatisch, sondern demokratisch erzieht die Arbeitsschule; denn sie erzieht zur Freiheit, zur Selbstständigkeit, aber auch zur Solidarität. Sie ist Feind aller Knechtschaft und Sklavengesinnung.

Nicht dem Kapitalismus dient die Arbeitsschule, sondern sie hilft dem Sozialismus den Weg bereiten. Denn sie weckt Kräfte, entwickelt Fähigkeiten. Leitend und führend kann nur sein, wer überragende Leistungen aufweisen kann. Bloß Reden über eine Sache gilt nicht, Handeln gilt — die Tat. Sie fragt nicht nach Stand und Herkunft, sondern nach Leistungsfähigkeit. Nicht Zensuren und Zeugnisse geben den Befähigungsnachweis zur Anwartschaft für bevorzugte Arbeit und Stellung, sondern allein die tatsächliche Leistung. Der nackte Egoismus wird eingebremst, das Gefühl für gemeinschaftliche Verantwortung und das Pflichtbewußtsein wird gestärkt. Der Lehrplan der Lehrerschule verlangt, daß den Kindern die allgemeinen Tatsachen einzelner Wissenschaften übermittelt werden, a. B. der Geographie, der Geschichte, der Naturwissenschaften. Die Arbeitsschule führt ihre Schüler in die vielfältigsten Erscheinungen der Umwelt, vor allem in die vielseitigsten Arbeiten der Menschen ein. Sie befaßt mit ihnen die Arbeitsstätten, wie Fabriken, Neubau, Bahnhof, Feld, Bauernhof usw. Die Schüler erlangen so ein Verständnis für die Kulturarbeit, für Arbeitsweisen, Arbeitsformen, Arbeitsbedingungen, Freuden und Leiden der Arbeit und ihren Wert für den einzelnen Menschen wie für die Gesamtheit. Auf die Bedeutung dieser Arbeit für die Bevölkerung soll hier nicht eingegangen werden.

Die Aufgabe, wichtige Wissensgebiete systematisch zu behandeln, fällt der Volksschule zu. Ihre Gründung sollte mit mehr Eifer betrieben werden, als das bisher geschieht. Die Weltgeschichte, die Erdkunde, die systematische Naturkunde, Literatur, Kunst, Musik und Neigungsgeschichte, Kapitel aus der Philosophie, Pädagogik und Psychologie u. a. werden dort infolge größerer Reife und besseren Verständnisses mit viel besserem Erfolge bei weniger Zeit-, Kraft- und Geldeaufwand betrieben werden können. Die Volksschule als Arbeitsschule muß zu aller Weiterbildung den festen Grund legen.

Kleine Chronik.

Arbeiter-Bildungsinstitut. Das Sonntagkonzert im Neuen Theater hat mit seinem großen Andrang bewiesen, daß diese Sinfoniekonzerte für die werktätige Bevölkerung notwendig sind. Das Arbeiter-Bildungsinstitut hat sich darum bis zum Juli große Sinfoniekonzerte gesichert, um den gestellten Ansprüchen gerecht zu werden. Unser vortreffliches Gewandhausorchester spielte mit viel Liebe unter Prof. Otto Lohse die Handlungssinfonie D-Dur Nr. 2; namentlich das Menuett und das letzte prächtige Allegro waren von großem Schmuck. In „Tod und Verklärung“ von Richard Strauß entwickelte Prof. Lohse und das Orchester eine geistige Vertiefung von höchster Vollkommenheit,

und auch das „Siegfried-Idyll“ von Rich. Wagner war mit Naturpoesie durchdrungen. Die Oberon-Operette mit ihrem heroischen Aufbau wurde mit Glanz gespielt und Frä. Emmy Strog lang die Ocean-Arie aus der gleichen Oper mit großer dramatischer Kraft und abgerundeter Tonhöflichkeit.

Es sei schon hier darauf hingewiesen, daß am 20. Februar, vormittags 11 Uhr, in der Albertshalle unter Hermann Sacher's Leitung die 5. Sinfonie von Gustav Mahler und das große Erntelied für großes Orchester und Männerchor von Oscar Fried für das Arbeiter-Bildungsinstitut aufgeführt wird. Außerdem wird noch die Pos Carlforti (eine der sieben Koloratur-Sopranistinnen) Lieder von Gustav Mahler mit Orchesterbegleitung folgen.

Kleines Theater (Künstlerische Morgenfeier: Stephan George, Hugo v. Hofmannsthal). Trotz der das Publikum beruhigenden Versicherung, nicht sozialpsychologisch werden zu wollen, verfuhr doch Dr. Erwin Jah n in seinen einflussreichen Worten die Lyrik der beiden Dichter aus dem sozialen Untergrunde ihrer Zeit zu erklären, jener etwas barbarisch wilden Blüte des Kapitalismus der Jahrhundertwende, die das harte, lähne, selbstbewußte Individuum zeugte, das doch sich gegen die Brutalität seiner Zeit aufbäumte und sich ihr zu entwinden suchte, als selbstgetrönter König und selbstbezogener Prophet einer selbstgeschaffenen Welt der Schönheit und des Lebens, wie Stephan George, oder in der Lebensunruhe durchbohrendem Gefühl als respektierter, in sinnlose Schönheit stützender Kesthet wie Hugo v. Hofmannsthal. Dr. Jah n tat gut daran, zu betonen, wie tief die Kunst sei, die uns — ob aber auch alle Juhörer? — von jener wehmütigen, entrückten, in enträumte Schönheit eingesonnenen Lyrik trennt, wenn er sich auch wohl hütete, sie sozialpsychologisch zu erklären, als die Kunst, die die abtönende, todesehnende, mit Gief und doch noch einer schönen Geste den geleerten Becher von sich werfenden Kultur des niedergehenden Bürgertums von der lebensfrohen, aller ästhetisierenden Ueberkultur baren Kultur des aufstrebenden Proletariats trennt.

In Stelle der erkrankten Lina Carstens las Hans Stolle einige Gedichte der beiden Lyriker. Es war kein sehr glücklicher Einfall, durch halbmißlungene Regiestrichen den Charakter jener Lyrik unterstreichen zu wollen. Biel besser und schöner verstand dies Hans Stolle durch seinen Vortrag. In seiner Stimme lag auch wenn sie von den lippligsten und in Schönheit schwergeblühten Bildern sprach, eine etwas einönige, bleierne Müdigkeit, ein Reinsagen und Abwinken, das uns die Art der beiden Dichter näherbrachte als die Worte selbst, die oft in einem Uebermaß von Gefühlsschwere untergingen.

Den Beschluß bildete das Spiel vom Tor und vom Tod von Hugo v. Hofmannsthal. Es ist das alte Spiel vom Erbenkind, das über die Leere und Dede des Lebens jammert und doch im Augenblicke, da es enden soll, sich empört dagegen aufbäumt und sich zu spät dessen bewußt wird, daß es doch schon gewesen wäre, dieses Leben in seiner Volle und Schwere, wenn, ja wenn es nur so voll und lebensschwer gelebt worden wäre. Und hier sehr Hofmannsthal ein und legt in schönen Rhythmen seinen müden, aber etwas einönigen und auch uns ermüdenden Song von der sinnlosen Leere des Lebens, das wir nicht leben, weil wir es nicht unmittelbar erleben, sondern mit den Eisagen der Reflexion kalt und überlegen erörtern — wir, das heißt jene, die mit ihrer untergehenden Kultur sich nach einem Tode sehnen, der sie mit süßen, entrückten Geliebten von dieser Welt erlöst.

Die Schauspieler bemühten sich redlich, aber vergeblich, dem müden Spiele Leben einzuhauchen. Der Tor, Herr Steiner, wurde in diesem Bemühen etwas zu lebendig und — theatralisch, der Tod, Herr Schumm, zu feterlich; er sollte mehr mit leidiger Freund sein.

Schneehaus Gewandhauskonzert. Zum-erstenmal wurde hier die 7. Sinfonie H-Moll von Gustav Mahler unter Dr. Nikisch mit seinem prachtvollen Orchester aufgeführt. Mahler zeigt in dieser fünfzigstimmigen Sinfonie die einzelnen Stimmungen oder Begebenheiten des Tages und der Nacht. Das erste Adagio steht mit Glockenklängen und großem Trompetenmotiv — oder Signal — ein, es wird der Tag verkündet! Und nun beginnen im Allegro con fuoco die Alltagsbilder, das Kämpfen und Hasten des Tages, seine Leiden und Sorgen, aber auch der Naturzauber, den der Tag bringt, ist nicht vergessen. So wechseln die Instrumentation in reichem polyphonischem Aufbau; blühende Instrumentation und Struktur geben eine prachtvolle Wirkung. Im 2. Satz „Nachtmusik“ herrscht Waldeszauber, das Echo des Hornthemas löst lustig-duftige Gestalten hervor, und so neht sich dann im 3. Satz „Schattenfest“, ein Geisterwölchen herum. Ein sühes, zartes Trio schließt sich da mit ein, und mit seinen kontrapunktischen Kombinationen überleitet er im Andante amoroso (4. Satz) zu dem Gekiesben, der seinem Liebchen ein nächstliches Umgebende sendet durch Gitarre- und Mandolinenklänge, die viel Humor verraten. Der 5. Satz (Rondo) beginnt mit einem Marschthema und verbindet sich mit kleinen ungarischen Motiven; dann geht ein lustiges Treiben an mit Tanz und Gesang, und das Herbe und das Graziose wechseln einander ab, einfach prächtig! Dr. Nikisch holte aus diesem Werk die schönsten Farben und gab uns Bilder von echtem Naturalismus.

Mitteilung der Städtischen Theater-Intendant. In der Uraufführung von Ross' Laudners Wahaussaffe spielt Hans Jense-Gött die Titelfrolle. Außerdem ist das gesamte Herrenpersonal und die Damen Kreus, Hesse, Schippang, Anton u. a. beschäftigt. Intenzierung: Dr. Knonacher.

Schauspielhaus. Die für das Wegener-Gastspiel vor-ausbestellten Karten sind möglichst umgehend an der Tageskasse in Empfang zu nehmen. Karten, die bis mittags 12 Uhr des Aufführungstages nicht abgeholt worden sind, werden verkauft.

Das Leipziger Stadtorchester hat, nach einer Mitteilung der Theater-Intendant, sich von sich aus bereit erklärt, neben seinem Dienst noch besonders an sechs Sonntagnachmittagen Konzerte zu veranstalten, die als geschlossene Vorstellungen an das Arbeiter-Bildungsinstitut verkauft wurden, und dabei auf die ihm hierfür zustehenden Entschädigungen zu verzichten. In der dankenswerten Absicht, damit zu dem vielfachen Millionenaufschlag der städtischen Theater etwas beizutragen, läßt es die Einnahmen aus diesen Konzerten der Kasse der städtischen Theater zugute kommen, aus der das Stadtorchester bezahlt wird.

Eingelaufene Schriften.

Otto Hue: Die Sozialfierung der Rohlenwirtschaft. Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Preis 1 M.

Friedrich Harlot: Bemerkungen über die Hindernisse der Jnifikation und Emanzipation der unteren Klassen. (1. Heft der Historisch-politischen Bibliothek). Verlag von Moritz Dietzweg, Frankfurt a. M. Preis 7,60 M.

René Schickel: Schreie aus dem Boulevard. Verlag von Paul Cassirer, Berlin. Geh. 10 M., geb. 14 M.

René Schickel: Weib und Not. Gedichte. Geh. 12 M., geb. 16 M.

Die Mädchen. Drei Erzählungen. Geh. 10 M., geb. 14 M. Meine Freundin Lo. Eine Geschichte aus Paris. Geh. 10 M., geb. 14 M. Verlag von Paul Cassirer, Berlin.

Weisse Wand

Um den tausendfachen Wünschen meiner werthen Theaterbesucher gerecht zu werden, sehe ich mich gezwungen, den grossen Prunk- und Ausstattungsspiel auch in meinem Theater zur Ausführung gelangen zu lassen:

Die Tänzerin Barbarina

(Jugendliche des Alten Fritz)
nach dem gleichnamigen Roman von Adolf Paul in 7 gewaltigen Abteilungen.
Unwiderruflich nur bis Donnerstag!
Sowie das weitere glänzende Programm.

Licht-UT-Spiele



Nur noch 3 Tage!
II. Episode
Richard Eichbergs
Abenteurer-Sensations-Film
„Strällingsketten“:
Das Geständnis vor dem Tode

Hauptrolle
Leo Parry

Ausserdem
Möblierte Wohnung zu vermieten
Lustspiel 2 Akte.

Telef. 3187
JMKimmel
Häckerstr. 10
Riebeckbräu
Im Henzen der Stadt.

Connewitz **U.T.** Connewitz
Pogauer Straße 12.

Nur 3 Tage:
Doppel-Programm!
Nach langem Erwarten:
Der Funkenruf der Riobamba
Gesellschafts- und Detektiv-Drama
„Komplize von Cincinnati“
Spannender Kriminalfilm
Beginn: 6, 8 1/2 Uhr — Ende 10 1/2 Uhr

Lichtspiele

Zschocher

Telephon 40960 Inhaber: M. Raschko
Ab Dienstag bis Donnerstag
Der grosse Detektiv-Abenteurer-Film
Die 13 aus Stahl
6 Akte.
Das Grab ihrer Liebe
Sensations-Drama in 4 Akten.
Glück muß er haben
Lustspiel in 2 Akten.
Einlaß 1/2 5 Uhr. Erstklassige Künstlermusik.
Voranzeige: Ab Freitag
Harry Piel

FILMPALAST

L.-Lindenu, Gundorfer Straße 31.
Ab heute nur 3 Tage!
Nur für Erwachsene!

Das Geheimnis des Schafotts

Drama in 6 Akten mit **Wanda Treumann.**

Der Vogel im Käfig

(... Und vergib uns unsre Schuld!)

Aus dem Inhalt:
Der Sträfling — Die ermordete Frau — Ein verhängnisvoller Schlagring — Der Gifttrunk des Peinigers.

Fernsprech-Nummern
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Verlag der Leipziger Volkszeitung.
4596 Geschäftsleitung, Hauptkontor, Rasse u. Seydewitz.
2721 Interaktivenannahme und Buchhandlung.
13693 Redaktion der Leipz. Volksztg. (nur bis 1 Uhr mitt.)

Neuer Gasthof Gohlis.

Heute Dienstag ab 6 Uhr **Großer Faschings-Ball.**

Königs-Pavillon

Promenadenstrasse 8

Fernruf 19271.

Haben Sie **Hans Mierendorff** schon in seiner **Glanz- u. Doppel-Rolle** gesehen? Wenn nicht — dann **versäumen Sie ja nicht, das seltsam-tragische Geschehnis** in 5 Akten

„Ich bin Du“

sich **schleunigst** anzusehen. — Hierzu:
Bruno Kastner
in dem **3aktigen Lustspiel**
Ihr Eheglück
von **Paul Meldemann.**

Kasino-Lichtspiele

Neumarkt

Fernruf 19950

Lil Dagover
in dem ungemein fesselnden und szenenreichem **4aktigen Drama:**
Die Toteninsel.

Hanni Weiße
in **Des Teufels Puppe**
(Der Fluch der Schönheit — zum Laster)
Sitten- und Lebenstragödie in 4 Akten.

Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt.

Nur noch 3 Tage!

Einlaß 1/2 5 — Anfang 5 — Ende 10 1/2.

Wild-West!



Einlaß 4 1/2 Uhr Beginn 5 Uhr

Es ist ein großer Erfolg.
Der **erste Wild-West-Sensations- und Farmer-Film** nach den Aufzeichnungen d. bekannten Weltreisenden und Afrika-Forschers **Hans Schomburgk**, betitelt:
Ein Abenteurer des Wilden Westens
6 Ein Drama voll von verwegenen Sensationen aus dem Leben eines Cowboys in **6 spannenden Akten**



Wenn **Hans Schomburgk**, der bekannte Weltreisende, der in allen Weltteilen seine Kenntnisse und Erfahrungen gesammelt, einen exotischen Film herstellt, so liegt in dem Namen dieses Forschers an sich schon die Bürgschaft für die Naturertheit der Wiederzube. Ein Beweis dafür ist, daß dieser Film bereits nach Amerika verkauft worden ist, obwohl gerade Amerika in der Herstellung von Wildwestbildern bisher nicht zu übertrifft galt!

Themis 5 Kriminal-Drama in 5 Akten
nach dem gleichnamigen Roman von **Franz Eckstein**
Hierzu: **Rosa Porten**

Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstraße 7 Am Königsplatz

Einlaß 4 1/2 Uhr, Sonntags 3 Uhr

Lindenauer Lichtspiel-Haus

Nur Lützner Strasse 19

Sensations-Detektiv-Doppelprogramm
Das Geheimnis der Briefmarke
5 Akte — Hauptrolle:
Valy Arnheim (Morrison)

Hotel-Diebe

Hauptrolle: **Marga Lind** 4 Akte

Freitag: Falschspieler

Sonntags Einlaß 1/2 4, Anfang 1/2 4, Ende 1/2 11 Uhr
Wochentags Einlaß 1/2 5, Anfang 5, Ende 1/2 11 Uhr

Lindenfels

Karl-Heine-Strasse 60 Fernruf 18195/96

Doppelprogramm!
Das Geheimnis der Spielhölle von Sebastopol
Sensationeller Abenteuerfilm in 8 Akten mit
Sybill Morell

Der rote Falter
Lustspiel in 3 Akten mit
Serbert Paulmüller
Nur für Erwachsene über 18 Jahre

Wintergarten

Eifenbahnstraße 66 Fernruf 18195/96

Doppelprogramm!
Eva Mara
Im prachtvollen Schauspiel in 5 Akten
Fasching
nach dem Ullstein-Roman von **Paul Dolar Böcker**
Geschwister Barelli
5 Akte aus dem Artiken- und Zirkusleben mit **Ethel Dell** und **Theodor Voos**
Nur für Erwachsene über 18 Jahre

Lichtspiele Borna'sche Str.

Heute bis Donnerstag:
Der **V. Teil** des Kolossal-Fortsatzungs-Films
Vampire :: 31 Akte! ::
„Der Giftmensch“
Der spannendste bis jetzt gezeigte Detektivfilm.
Jeder Teil ist für sich abgeschlossen.

Hella Moja

„Die Glasprinzessin“
Liebestragödie in 5 Akten.

Alle rohe **Felle** von Säugetieren und Privat
kauft **Jamschon**
Steinwartenstr. 37, Laden
Telephon 11 018.

Bücher aller Art erhalten die Feier unserer Zeitungsvorteilhaft durch unsere Buchhandlung. Wenn Gemüthsruhe nicht auf Lager ist, wird es schnellstens beordert. Die Katalogen und die Aufträge der Volkszeitung zum Bestellen entgegen. Ferner **Seidewirten** werden auch **Seidewirten** regelmäßig, logisch nach Erscheinen, angeliefert. Es wird gebeten, möglichst vor Beginn des Vierteljahres die Bestellungen zu machen, damit auch die ersten Nummern des Vierteljahres von uns rechtzeitig angeliefert werden können.

Leipziger Buchdruckerei
Aktiengesellschaft
Abteil. Buchhandlung
Hauptgeschäft:
Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Filialen:
Vollshaus Leipzig, Reiter Str.
Leipzig-Dt. Elisabethstr. 19
Lindenu, Obermannstr. 1
L. Hagewitz, Welfenfelder Str.
L. Wilmshöfer, Dietzstr.
L. Schönefeld, Stett. Str. 64
L. Thonberg, Reichen. Str.
L. Stötterin, Ferd.-Voll-Str.
L. Connwitz, Borna'sche Str.
L. Gohlis, Lindenbaler Str.
L. Cuthrich, Magdalenenstr.
Leuschke-Weissig, Hauptstr. 87.
Böhlin-Chrenb., Wettinerstr.

Humoristika
Couplets, Duelle, Lieder
THEATERSTÜCKE
Rich. Lipinski
LEIPZIG

Docthermützen
u. alle Karnovais-artikel in den bekannten billigsten Preisen empfiehlt
Heinrich Lintzmeyer
Leipzig, Eisenstr. 30
Fornspröcher 19245.

ZIGARREN Fabrikpr.
ab Fabrik:
11.60-3-Zigarren 100. # 47.50
11.80-3-Zigarren 100. # 57.—
11.100-3-Zigarren 100. # 70.—
11.120-3-Zigarren 100. # 85.—

RAUCHTABAKE eine Tabakschneiderei. Pfd. 18.20 und 28.— #.
Mählford, Tob., Zz.-Fbr.
Leipzig, Kreuzstraße 85
Tauscher, Kriek. Str. 3. #

Rognat, Weinbrand 31.52.
Konatz, Verjont: 31.44.
Jam.-Rum, Verjont: 31.50.
Für Galkwete vom Fab. zu billigen Preisen. #

A. Kriegel Nchl.
Leipzig-Lindenu
Morsburger Straße 70

Metallbetten
Stahlrahmen, Rindbett, Polster an jedem. Katalog frei
Eisenbedarfsabrik, Subl. 1. Zähr.

Hautjucken
(Krätze)
wizfames Spezialmittel.
König Salomo-Apoth.
Leipzig.

Canad Müller
Schaubühne
Schaubühne
Schaubühne